

PROTOKOLL

über die 32. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 17. Jänner 2008, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VICEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höllner

Mag. Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Würhleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs. Dir. SR Dr. Gerhard

Alphasamer

SR Mag. Helmut Lemmerer

OMR Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Karl Baumgartner

GR Harald Dunst

GR DI Christian Altmann

PROTOKOLLFÜHRER:

MD-Stv. Präs. Dir. SR Dr. Gerhard

Alphasamer

Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

- | | |
|---------------|--|
| 1) GHJ2-93/07 | Sofortmaßnahme; Drucksteigerungsanlage HS und VS Tabor. |
| 2) KD-40/07 | Ankauf eines Dienstfahrzeuges (PKW-Kombi) für die Stadtgärtnerei; Ersatzbeschaffung. |
| 3) Fin-163/07 | Unterstützung Pfarre „Heilige Familie“ am Tabor. |

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-267/07 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2008 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.
- 2) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.
- 3) Präs-815/07 Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2008.
- 4) Fin-271/07 Stadtmarketing Steyr GmbH – Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2008; Gesellschafterzuschuss.
- 5) Präs-546/07 Prüfbericht des Rechnungshofes betreffend LAWOG; Kenntnisnahme durch den Gemeinderat.
- 6) Fin-100/06 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2007.
- 7) Fin-108/98 TIC Steyr GmbH; Kapitalzuschuss.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 8) Abfall-9/07 Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der ARGEV VerpackungsverwertungsGmbH über die Sammlung von Altverpackungen im Gebiet der Stadt Steyr.
- 9) Präs-12/08 Antrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend leer stehendes Kasernenareal; Kaufangebot an die zuständigen Eigentümer.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

- 10) Fin-256/07 Kulturverein Röda; Jahressubvention 2008.
- 11) Fin-257/07 Kulturzentrum Akku Steyr; Jahressubvention 2008.
- 12) Fin-266/07 Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2008, Akontozahlungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 13) BauH-151/05 Ennsleitenstiege; Generalinstandsetzung.
- 14) BauT-6/06 Kanalisation Steyr – Kanalneubau 2006, Teil 2
1. Ennsleite; Kanalneubau Roseggerstraße – Goethestraße – Hafnerstraße
2. Innere Stadt; Zieglergasse – Schächte aufsetzen; Vorbereitung Kanalisierung
3. Schlüsselhof – Ort; Kanalbau Schlüsselhofgasse, Fischergasse
4. Schlüsselhofgasse HTL; Schächte aufsetzen; Vorbereitung Kanalisierung
Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Leistungen.
- 15) Fin-234/07 Tourismusverband Steyr – Jahressubvention 2008.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

- 16) Fin-229/07 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention für 2008.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, verehrte Gäste, verehrte Vertreter der Medien, ich möchte die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute die Frau GR Ute Fanta und Herr GR Ernst Esterle. Entschuldigt sind heute GR Harald Dunst, GR DI Christian Altmann und GR Karl Baumgartner. Die Gemeinderäte Kupfer und Klausberger kommen etwas später. Anfragen sind keine vorhanden. Ich komme zum Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters.**

Trollmannkaserne verkauft

Wie heute schon in einigen Tageszeitungen zu lesen war, hat der Tiroler Immobilienentwickler Josef Strasser das Kasernenareal gekauft. Für das 58.200 m² große Areal hat der Käufer an die SIVBEG, die eine Tochtergesellschaft des Bundesministeriums für Landesverteidigung und der Bundesimmobiliengesellschaft ist, einen Betrag in Höhe von € 7,75 Mio. überwiesen.

Gestern wurden in einem ersten Kontaktgespräch mit Herrn Strasser die Vorstellungen der Stadt erörtert. So wurde mit ihm jenes Nutzungskonzept diskutiert, das der Steyrer Architektenverbund „IGAS“ ausgearbeitet hat und die Planungen für den Tabor- und Posthofknoten sowie damit zusammengehörenden Grundabtretungen vorgestellt. Herr Strasser betonte, eng mit der Stadt zusammenarbeiten zu wollen.

Dem Investor ist auch bekannt, dass dieses ehrgeizige Vorhaben nur in Abstimmung mit dem Land OÖ. umge-

setzt werden kann. Die Unterstützung der Stadt wurde ihm dabei zugesagt.

Am 20. Jänner um 9 Uhr wird beim Restaurant der Stadthalle (Kaserngasse 6) der neue Rundwanderweg Stadtplatz – Christkindl – Tabor eröffnet. Für Wanderfreunde, die an diesem Tag mitmarschieren wollen, gibt es zwei Startplätze: vor dem Stadthallenrestaurant oder vor dem Rathaus. Die Strecke führt über elf Kilometer vom Stadtplatz zum Schloss Lamberg über die Promenade und durch den Schlosspark, weiter über den Steyrtal-Bahnhof zur Wallfahrtskirche Christkindl. Durch die Unterhimmler Au und die Fabrikstraße sowie den Wehrgraben kommt man zur Michaelerkirche, von dort durch das Schnallentor auf den Tabor. Von der neuen Stadthalle führt der Weg über die Rederbrücke, zum Paddlerweg. Über die Schönauerbrücke und das Neutor kommt man zum Ausgangspunkt zurück. Einen Streckenplan bekommt man beim Start. Veranstaltet wird die Wanderung von den Naturfreunden Steyr, dem IVV und der Stadt Steyr. Der neue Rundwanderweg gilt als permanenter IVV-Wanderweg.

Trauungs-Saal im Schloss Lamberg immer beliebter

Der Trauungs-Saal im Schloss Lamberg ist bei Brautpaaren sehr beliebt. Im vergangenen Jahr haben sich 235 Paare im Schloss Lamberg eingefunden, um sich in einem der schönsten neuadaptierten barocken Trauungssäle Österreichs das Ja-Wort zu geben. Mit 32 Brautpaaren, die dann in den umliegenden Gemeinden die Ehe geschlossen haben, wurde das Aufgebot durchgeführt. 89 Paare haben von auswärts die Ehe in Steyr geschlossen, darunter Linzer und Wiener Paare. Seit 01.01.1939, dem Beginn der offiziellen staatlichen Matrikelführung,

haben 22.323 Paare in Steyr den Bund der Ehe geschlossen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2007 betrug 5,6 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 1,5 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,8 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2007 2.402. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 36,3 % (d.s. 646 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 12,3 % (d.s. 338 Personen).

Im Dezember 2007 sind 418 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 95 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 60 Stellen weniger.

Wir kommen zum Punkt 4), „**Aktuelle Stunde**“. Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Pressearbeit“.

Ich ersuche einen Vertreter der ÖVP-Fraktion um seine Stellungnahme zu diesem Thema.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Presse. Der Neujahrsempfang war eine schöne Sache. Wie üblich hat er dann auch lange gedauert und es war wirklich fraktions- und parteiübergreifend und es hat sehr gute Gespräche gegeben. Es hat dann auch eine Berichterstattung im RTV gegeben und da sind uns einige Dinge aufgefallen die wir schon gerne einmal dargestellt und hinterfragt hätten. Es hat in einem Interview die Frau Präsidentin Weichsler auch noch gesprochen von einer Großfamilie. Das ist auch super so und wir fühlen uns

doch zu einer politischen Großfamilie gehörig. Es war auch früher so, unter Bürgermeister Leithenmayr, dass alle Fraktionen zu diesem wichtigen und guten Anlass auch dann in der Berichterstattung zu Wort und ins Bild gekommen sind. Wenn man sich den jetzigen Bericht anschaut, dann hat man schon den Eindruck, dass das sehr einseitig abgelaufen ist, dass eigentlich nur eine Fraktion hier zu Wort gekommen ist. Eigentlich ist schon unsere dringende Anfrage, es gibt hier Gerüchte, dass es auch in diesem Pressebereich Anweisungen gibt, so nach dem Motto, wir bezahlen, also kommen auch nur wir ins Bild. Jetzt müsste ich dann schon fragen, ist es die SPÖ die dann die Berichterstattung bezahlt? Ist es die Stadt Steyr oder sind es die privaten Verfügungsmittel des Herrn Bürgermeisters die hier eingesetzt werden und die dann also nach Gutdünken sozusagen die Pressezeit verteilt oder zugeteilt wird? Ich glaube, man kann dann nicht mehr von einer Großfamilie sprechen, wenn nur, abgesehen von den auswärtigen Gästen die natürlich einen guten Beitrag geleistet haben, SPÖ-Funktionäre im weitesten Sinn zu Wort kommen und auch großteils ins Bild kommen. Es ist uns aufgefallen, dass es sehr einseitig ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Die ÖVP hat ja, wie ich meine, nicht zu Unrecht heute ein Thema aufgegriffen, das ja seit geraumer Zeit Aktualität hat, und zwar nicht nur im Bereich der RTV-Berichterstattung, da ist es ja tatsächlich so, dass man un-

willkürlich den Eindruck bekommt, nicht nur als politischer Mandatar, das hört man auch vonseiten der Bevölkerung, dass hier nur immer bestimmte Vertreter einer bestimmten Partei, insbesondere dort in Wort und Bild erscheinen. Mir geht es aber auch darum daran zu erinnern, dass es Zeiten gegeben hat, wo im Amtsblatt, und zwar im Zusammenhang mit der Budgetdebatte, jede Fraktion die Möglichkeit gehabt hat dort einen Beitrag abgedruckt zu bekommen. Auch das gibt es seit geraumer Zeit nicht mehr. Ich glaube es sollte wirklich im Sinne einer demokratischen Handlungsweise daran gedacht werden, auch im Amtsblatt wieder dafür Sorge zu tragen, dass auch die anderen Fraktionen zu Wort kommen. Das ganz kurz die Stellungnahme der Freiheitlichen GR-Fraktion.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste. Das Thema Öffentlichkeitsarbeit im Rathaus ist wirklich ein bisschen erklärungsbedürftig und da hat sich manches verändert. Das haben meine Vorredner schon angesprochen. Der Neujahrsempfang hat es wieder einmal sichtbar gemacht. Ein anderer Bereich, oder bleiben wir noch ganz kurz beim Neujahrsempfang. Wo ich dann persönlich ein Problem bekomme ist nicht, dass ich nicht vor komme. Das ist schon eine demokratische Geschichte auch, wenn das ein Beitrag ist der gezahlt wird von der Stadt Steyr, dass auch alle Fraktion ein bisschen vielleicht auch einmal interviewt werden, aber um das geht es jetzt gar nicht. Mir geht es darum, dass ich mir

diesen Bericht angehört habe. Der Herr Bürgermeister sagt z. B., die Arbeitslosenrate in Steyr, und das entwickelt sich so erfreulich, alles so Liebe, Wonne, Waschtrog. Dann lese ich wenige Tage später in den OÖ Nachrichten, „Arbeitsmarkt in OÖ“. Dann stehen bei Steyr nur ganz kurz zwei Wörter und zwar „Höchste Arbeitslosenquote in Oberösterreich“.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Lies bitte auch den Text der darunter steht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Den habe ich gelesen.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Dann weißt du, dass die Zahlen lächerlich sind.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die Zahlen sind nicht lächerlich, aber es wird dann, und das ist schon auch der Punkt, dieser Neujahrsempfang dazu hergenommen, ein Bild zu zeigen, das einfach nicht wirklich der Realität entspricht. Das muss man schon einmal dazu sagen.
Der andere Punkt ist, weil wir gerade beim Thema „Amtsblatt“ waren. Ich weiß nicht wem von Ihnen es aufgefallen ist, mir fällt es auf und ich finde es ist eine Missachtung, nicht nur von uns Gemeinderäten die nicht der SPÖ-Fraktion angehören, sondern auch der Jungbürger. In diesem Amtsblatt und in jedem Amtsblatt finden Sie bei jedem Foto immer Bildunterschriften mit Namen jener Personen die auf dem Bild zu sehen sind. Selbst auf kleinen Fotos, wo sich 15 Personen tummeln, finden Sie 1. Reihe, 2. Reihe, 3. Reihe. Nur wenn Sie sich die Dezemberausgabe, den Jungbürgerempfang im Rathaus anschauen, die Personen haben

keinen Namen. Das sind zum Teil zwei oder drei Personen und das ist eine Sache der Wertschätzung, von Achtung, von Anerkennung. Nicht nur wir als Mandatare haben keinen Namen, sondern auch die Jungbürger haben keinen Namen. Und die Jungbürger sind da und die kann man schnell einmal fragen wie ihr Name ist und vor allem ob sie überhaupt da abgebildet werden möchten, wie auch immer. Also, zu den Namen zu kommen ist nicht das Problem. Aber wie gesagt, das zieht sich durch was Öffentlichkeitsarbeit im Rathaus anbelangt. Ich sage Ihnen nur eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich heute auf einem Seminar bin zum Thema „Öffentliche Verwaltung“ dann habe ich eines gelernt, das, was in anderen Städten bei gleichen Mehrheitsverhältnissen, also auch bei einer SP-dominierten Gemeinde, selbstverständlich ist, ist in Steyr schlichtweg nicht möglich, am Beispiel des Amtsblattes. Man hat mich gar nicht verstanden am Anfang, was ich eigentlich meine, wie es um das Thema gegangen ist ob andere Fraktionen auch im Amtsblatt vorkommen können. Das war für SP-Bürgermeister anderer Gemeinden, die haben mich angeschaut, das ist doch selbstverständlich, da diskutieren wir gar nicht darüber. „Is des leicht bei euch net so?“ Das war das Originalzitat dann. Das ist mir nicht nur einmal passiert, sondern öfters. Das ist das, was ich schade finde. Das hat was zu tun mit Demokratieverständnis – jetzt sind wir in Steyr und ich nehme die Steyrer Situation her. Es hat was damit zu tun, dass hier einfach die Wertschätzung und Gleichschätzung des demokratischen Mitbewerbers nicht gegeben ist. Aber nicht nur des Mitbewerbers, sondern auch zum Teil anderen Personen gegenüber. Wenn ich meine 10-jährige Gemeinderatserfahrung auf den Punkt bringen soll, und das ist das was mir Leid tut, dann ist das eines, das was in Linz,

SP-Mehrheit, längst realisiert ist, das was in Wels in Diskussion ist, auch SP-Mehrheit, wenn Sie das in Steyr vorschlagen, dann schaut man Sie an als würden Sie vom Mond kommen oder es wird auf jeden Fall noch mindestens 10 Jahre dauern.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen, werte Kollegen. Öffentlichkeitsarbeit ist natürlich immer ein interessantes Thema und es hat in Wirklichkeit eh schon ein bisschen gefehlt. Es war schon zu erwarten, dass das Thema irgendwann wieder einmal im Gemeinderat kommt. Wenn man doch schon etliche Jahre, und bei mir werden es auch, also seit 1990 bin ich schon im Gemeinderat und da wiederholen sich gewisse Dinge und auch dieses Thema wiederholt sich, dass alle Fraktionen hier eine Seite im Amtsblatt haben oder sonst etwas. Natürlich ist die Öffentlichkeit nicht uninteressant als politische Mandatare. Aber bei dir, Michaela, verstehe ich das überhaupt nicht. Wenn man im Glashaus sitzt soll man nicht mit Steinen werfen. Man muss nämlich immer das Ganze dazu sagen. Es gibt kaum Gemeinden, wenn man so kleine Gemeinden heraus nimmt, wo das alles so selbstverständlich ist, die Parteienfinanzierung die wir in Steyr haben, die haben wir gerade so hingerichtet und so beschlossen, dass die kleinen Fraktionen da wesentlich mehr profitieren davon. Du hörst die Kritik eh immer die da kommt. Der Kollege Mayrhofer meint auch, der Kollege Eichhübl meint auch, ob das gerechtfertigt ist, dass du im Verhältnis mit einem Mandat so eine hohe Förderung hast. Die Förderung ist nämlich nicht nur, dass irgendwo das Geld ohne Rechnungen

irgendwo verbraucht wird, sondern das ist auch für Öffentlichkeitsarbeit und du kannst ja da selbst sehr viele finanzieren dabei. Also, zu dem ist das Geld schon auch vorgesehen. Das muss man auch dazu sagen. Gerade weil du dich da bitter beschwerst, dass du zu wenig vor kommst.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe mich nicht darüber beschwert.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Oh ja, das hast du ja gerade gesagt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das war nicht meine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Du hast es gerade gesagt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also, ich glaube, dass gerade in der Öffentlichkeit, was die Fraktionen anbelangt, sehr sorgfältig umgegangen wird. Das Beispiel Neujahrsempfang ist ja in Wirklichkeit ein ausgezeichnetes Beispiel, wie man hier mit dem umgeht. Eines ist natürlich schon ganz klar, dass der Bürgermeister auch die Stadt nach außen hin zu vertreten hat. Das ist im Statut auch so vorgesehen und so nieder geschrieben. Der Bürgermeister ist im RTV gewesen und hat dazu auch Stellung bezogen und hat ein Interview dazu gegeben. Die Kollegin Weichsler, die ist als höchst-rangige Landesvertreterin hier bei uns gewesen und nicht als SP-Funktionärin, die ist 2. Landtagspräsidentin, und ist zu diesem Thema inter-

viewt worden. Den Altbürgermeister und den Ehrenbürger, den wir dort draußen auf der Tafel angeschlagen haben, der verewigt ist in der Geschichte der Stadt Steyr, jetzt als Parteifunktionär, als SP-Funktionär hinzustellen, also, das ist bei den Haaren herbeigezogen. Schon lange ist Weiß aus seinen Funktionen überall ausgeschieden. Ich glaube doch, dass es zulässig ist einen Ehrenbürger und ehemaligen Bürgermeister anlässlich dieser Veranstaltung zu interviewen. Also, wenn man da irgendetwas daraus konstruiert, das ist wirklich unverständlich. Der Herr Vorstandsdirektor Hammelmüller, also, ich bin überrascht, dass der zum „Roten Lager“ gezählt wird.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Die Auswärtigen habe ich extra gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich wäre nämlich überrascht gewesen, ich habe ihn noch nie irgendwo auf einer Liste bei uns gesehen. Die Frau Direktorin Federl vom Krankenhaus auch nicht. Es war kein einziger SP-Mandatar aus unserem Kreis, außer der Bürgermeister, aber der hat eine andere Funktion da, der beim Neujahrsempfang ein Interview gegeben hat. Daraus zu konstruieren, wir schauen, dass nur die SP bei der Öffentlichkeitsarbeit bevorzugt wird. Dass halt in vielen Berichterstattungen, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, die Ressortverantwortlichen im Vordergrund stehen, das ist halt so. Wenn es Baudinge betrifft ist der Kollege Mayrhofer auch im RTV. Wenn da irgendwelche Interviews oder ein RTV Bericht ist und es betrifft sein Ressort, dann ist der Kollege Mayrhofer selbstverständlich dabei. Dass halt die Ressortverteilung 7:1 ist und dass das so den Eindruck erweckt wir rücken uns da immer ins Licht der Öffentlichkeit,

das ist das Ergebnis der Wahl gewesen.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Das war eine Jahresschau.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wenn man dann noch sagt in das Bild gekommen beim Neujahrsempfang, Michaela, du warst am meisten im Bild und du bist dann auch in der Zeitung gestanden. Die Frech, der Mayrhofer und der Bremm haben die Friedenspfeife geraucht. Zumindest für einen Abend. Im Bild waren wir alle. Also, ich habe mich selbst am wenigsten gesehen. Da sind viele da in unserem Kreise, die nicht von unserer Fraktion sind, auch im Bild gewesen. Ich glaube, dass da wirklich sehr objektiv berichtet wird.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist natürlich auch ein Platzproblem, weil wenn der Hauser Willi im Bild ist, dann hat niemand anderer mehr Platz.

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Sei nicht so frech.

Es gibt halt keinen Autobus wo es nur eine Reihe gibt und das ist halt so. Ich glaube, dass das wirklich nicht unbedingt ein Thema ist, Öffentlichkeitsarbeit, dass da nur die SP-Seite bevorzugt wird. Das stimmt da in keinster Weise und der Neujahrsempfang, das habe ich eh gerade gesagt, ist wirklich kein guter Vergleich was da stattgefunden hat. Eines schon noch dazu auch, die Berichterstattung über die Medien, dass die positiv ist, ich glaube,

dass wir ein gutes Jahr 2007 hinter uns haben. Dass es Probleme und Schwierigkeiten gibt, das ist unbestreitbar, und die Arbeitslosenrate die in Steyr ist, ist in Wirklichkeit ein Vergleich zu vergangenen Jahren, da hat sie sich äußerst positiv entwickelt. Wobei man aber dazu sagen muss, dass jeder Arbeitswillige der keine Arbeit hat einer zu viel ist und dass wir mit dem Ergebnis was wir heute haben nicht zufrieden sein können. Das kann nicht unser politisches Ziel sein. Aber sich als Bürgermeister bei einer offiziellen Veranstaltung hinzustellen und zu sagen, die Arbeitslosenrate ist in Steyr so schlecht, obwohl sie sich gravierend verbessert hat, und in Steyr ist überhaupt nichts geschehen, das wäre ja unternehmensschädigend, wenn er das machen würde. Also, es ist schon seine Verantwortung die Stadt so hinzustellen in der Öffentlichkeit, dass wir auch nach außen hin einen dementsprechenden Eindruck hinterlassen. Gerade der Kollege Mayrhofer müsste da aufschreien. Als Tourismusreferent ist es einfach auch zu sehen, dass wir uns so präsentieren, dass da jemand gerne nach Steyr kommt. Das können wir politisch da herinnen machen, da können wir uns gegenseitig ein bisschen in die „Haxln“ beißen, das macht nichts, aber in der Öffentlichkeit haben wir schon ein Bild darzustellen, das uns als über 1000-jährige Stadt zuweist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine geschätzten Damen und Herren. Erstens einmal bin ich als Wirtschaftskammerobmann jetzt sehr froh,

dass sich die Diktion geändert hat, dass man nicht mehr nur von Arbeitslosen redet, sondern, dass wir sehr wohl unterscheiden zwischen arbeitswillig und arbeitslos. Ich glaube, das ist wirklich ein wichtiger Schritt, weil da bin ich wirklich beim Kollegen Bremm. Ich bin auch der Meinung, dass derzeit, wer arbeiten will auch eine Arbeit bekommt. Ich glaube das ist ein gewaltiger Schritt vorwärts gegenüber der Vergangenheit. Die Zahlen, auch wenn wir nicht sagen können wir sind im Spitzenfeld, dann sind sie doch gegenüber der Vergangenheit sicher in einer ganz guten Tendenz. Wir sind noch nicht dort wo wir hin wollen, aber der Weg ist sicher ein guter Weg.

Mit dieser ganzen Diskussion jetzt, da muss ich sagen, da sind schon ein paar Sachen dabei die stoßen mir auf. Z. B., wenn ich Parteienfinanzierung gleichsetze mit Öffentlichkeitsarbeit, dann sind wir ja genau dort wo wir eigentlich hin wollen. Es liegt ganz offensichtlich in der Selbstverständlichkeit der Mehrheitsfraktion, dass sie sagen, was im Magistrat geschieht entscheiden wir, der Magistrat sind wird, das ist die SPÖ. Darum ist es auch irgendwie klar und verständlich, dass in einer Berichterstattung über die Stadt fast ausschließlich die SPÖ vorkommt. Da geht es um die Selbstverständlichkeit die die SPÖ in diesem Fall an den Tag legt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die zuständigen Referenten kommen vor.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ich glaube, darum geht es. Da geht es jetzt nicht, dass wir jetzt abzählen wie oft ist irgendjemand drinnen, sondern es geht darum, wenn es nicht um ein Sachthema geht, wo der zuständige Referent dazu eine Stellungnahme

gibt, sondern wenn es ganz eine allgemeine Geschichte ist die die Stadt hat, dann müsste es zur Selbstverständlichkeit gehören, dass auch die anderen Fraktionen interviewt werden. Das war nie ein Thema bitte schön hier herinnen. Unter Bürgermeister Leithenmayr war das eine Selbstverständlichkeit. Da ist nicht einmal diskutiert worden. Aber auch dazu gehört ganz offensichtlich eine gewisse Größe die der Bürgermeister Leithenmayr gehabt hat. Ich halte es nicht für richtig, wenn ich genau abzähle und sage wer, wie oft und wann, sondern es sollte selbstverständlich sein, dass alle Fraktionen, die im Steyrer Gemeinderat tätig sind, die sich einsetzen für die Bevölkerung, auch wenn die Stadt einen Beitrag bezahlt, auch darin vertreten sind.

Die höchstrangigen Vertreter die angesprochen wurden, Herr Kollege ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das war nie so.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Selbstverständlich war das so. Ich lasse es dir ausheben.

Die Frau Präsidentin Weichsler ist angesprochen worden, dann darf ich erinnern, dass der höchstrangige Vertreter auf Bundesebene der Nationalrat Muraier auch da war und nicht interviewt worden ist. D. h. also, mit der Höchstrangigkeit hat es nichts zu tun.

Was mich wirklich interessiert ist, weil das Gerücht verdichtet sich immer mehr, und nicht nur von einer Seite sondern das hört man mittlerweile von vielen Personen, dass der klare Auftrag erteilt wird wer wird gefilmt, wer wird interviewt und wer nicht. Ich glaube, auf so ein Niveau sollten wir uns nicht begeben. Ich ersuche wirklich in Zukunft, dass wir da ein bisschen lo-

ckerer sind und auch die notwendige Größe haben und darüber zu stehen, Herr Bürgermeister, weil so kleinlich brauche wir glaube ich nicht sein. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Mayrhofer ich kann dich beruhigen, ich war auf einigen Veranstaltungen des Landes eingeladen wo es um Themen gegangen ist die auch alle betreffen. Da war nie einer von der SPÖ der da interviewt worden ist, auch wenn es um Themen gegangen ist die alle betroffen haben. Das war halt so. Ich finde auch die Vorgangsweise, so wie sie gewählt worden ist, beim diesjährigen Neujahrsempfang absolut in Ordnung. Es sind wirklich alle Betroffenen und Zuständigen interviewt worden. Und auch in meiner Zeit, in den vergangenen Jahren, hat es schon Interviews gegeben von nicht SPÖ-Mitgliedern. Ich glaube, da brauchen wir nur in der Vergangenheit nachschauen. Es hat sicher einige schon gegeben. Das ist überhaupt kein Thema.

Wir kommen nun zu Punkt 5), **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**. Darum bitte ich Sie. Zum Punkt 6), **Verhandlungsgegenstände**, gibt es einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Wohnungen“. Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag der ÖVP, der Grünen und der Frau Frech die Dringlichkeit zuspricht, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme der Dringlichkeit. Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag wie üblich am Ende der Tagesordnung behandeln.

Wir kommen nun zum Thema „Antrag der Geschäftsordnung“ und zwar zu

Punkt 9). Aufgrund der Aktualität hat sich ja der Punkt 9), Kauf des Kaserengeländes, mehr oder weniger erübrigt. Der Gemeinderat Eichhübl hat gemeint, wir sollten diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung absetzen. Ich stelle den Antrag, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt wird. Zu diesem Thema hat jede Fraktion auch eine Wortmeldung.

Gibt es eine Wortmeldung? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die Antragsfrist für einen Gemeinderatsantrag ist bekanntlich zwei Wochen und es war vor zwei Wochen noch nicht erkennbar und absehbar, dass es einen ernsthaften und tatsächlichen Käufer gibt wie sich heute herausstellt. Wir bedauern außerordentlich, dass dieser Antrag nicht mehr im Gemeinderat behandelt wird. Ich bin davon überzeugt, dass wir diesen Antrag, und das ist das was ich auch vielleicht ein bisschen eingestehen möchte, schon viel früher hätten stellen sollen. Denn was geschieht jetzt? Jetzt werden andere dort oben bestimmen und entscheiden wie ein ganz wichtiger Platz in Steyr sich in Zukunft entwickeln wird. Wir glauben auch, dass vom Kaufpreis her durchaus eine Möglichkeit gefunden hätte werden können. Es gibt ja andere bekannte Gemeinden in Oberösterreich die durchaus erfolgreiche Betriebsansiedlungspolitik mit Grundstücken gemacht haben. Der Herr Böhm ist ja ein gutes Beispiel.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Das ist ein schlechtes Beispiel.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ich meine ja nicht seine Geschäftsführerbezüge, aber auf der anderen ...

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das ist gar nicht so ein schlechtes Beispiel, Herr Hackl, wenn man die Grundankäufe, die er abgewickelt hat, gemacht hat. Man muss das durchaus trennen. Ich habe ja nicht gesagt Herr Bürgermeister du musst jetzt einen Geschäftsführer machen mit einem ordentlichen Gehalt, aber er hat dadurch viele Betriebe in seine Gemeinde bekommen. Spaß beiseite. Ich glaube, dass wir den Rest, den wir dort selbst nicht gebraucht hätten für wichtige Anliegen, nämlich nicht nur für den Tabor- und Posthofknoten, wir brauchen auch dringend Parkplätze für die Stadthalle um dort nicht nur sportliche sondern auch kulturelle Veranstaltungen abzuhalten. All diese Dinge hätten wir mitentscheiden können und den Rest hätten wir vielleicht auch verwenden können. Weil wenn sie uns jetzt dort oben ein Einkaufszentrum hinbauen, ich weiß nicht ob wir das in Steyr jetzt noch wirklich brauchen. Ich glaube im Ennsdorf und am Stadtplatz ist genug Handlungsbedarf, dass uns die Altstadt nicht ausstirbt. So werden wir uns da nur mehr vom Rande aus anschauen können und über die Widmung bzw. über den Bebauungsplan vielleicht noch ein Wörtchen mitreden können. Wir bedauern das, wir hätten den Antrag schon früher stellen sollen und darüber debattieren und vielleicht eine Lösung finden können. Jetzt kann nur mehr die Stadt und der Bürgermeister schauen, dass dort das Maximale für die Stadt vonseiten der Interessen, die ja groß sind, dort heroben herauschauen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, der Kollege Payrleithner hat mir ja jetzt das Stichwort Böhme wieder in den Mund gelegt. Ich glaube, dass das eines der schlechtesten Beispiele war von der Flächenwidmung her wie man ursprünglich ein kleines Dorf zu-pflastert mit Einkaufsmärkten. Letzten Endes müssen alle jene die dort wohnen darunter leiden, dass sie sich Freitag, Samstag, Sonntag keinen Meter vorwärts und rückwärts bewegen müssen.

Die Lage am Tabor oben, da wäre mir auch lieber gewesen, wenn das die Stadt gekauft hätte, wiewohl ich realpolitisch weiß, dass das ein sehr teures Grundstück gewesen wäre und alle jene die sich dort niedergelassen hätten natürlich die Stadt nach allen Himmelsrichtungen gewurzt hätten, damit sie es billiger hergibt. Also, ob das letzten Endes das tolle Geschäft gewesen wäre, das bezweifle ich auch. Was ich auch bezweifle sind die tollen Ausbaupläne die da jetzt dort oben stattfinden sollen. Sie wissen ja aus den Medien und aus unseren eigenen Wortmeldungen, Einkaufszentren in der Art und Größe ist da glaube ich das Allerletzte was sich die, die dort oben wohnen, wünschen, vor allen Dingen auch wenn man die Verkehrslage betrachtet. Also so gesehen täte ich trotzdem bitten, dass Sie in den Verhandlungen das Maximalste herausholen, wiewohl ich auch glaube, dass einer der sich da oben dieses riesige Grundstück leisten will und es auch kauft natürlich die Maximalvariante mit dem Maximalgewinn erzielen will. Das könnte unter Umständen weitere Probleme für die nächsten Jahrzehnte dort oben bedeuten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Tode gefürchtet ist auch gestorben. Ich glaube im Vorhinein alle möglichen Befürchtungen auf den Tisch zu legen ist nicht recht hilfreich. Vom Griechischen kommt eigentlich das Wort Krise und dort heißt es eigentlich in der ursprünglichen Bedeutung Durchgang und Chance. D. h., alles was sich ändert hat durchaus die Möglichkeit sich zum Positiven zu ändern und an dieses Positive sollte man glauben. Wir als Stadt, glaube ich, haben das Notwendige dazu getan. Wir haben einen sehr exakten Bebauungsplan gemeinsam erstellt, wo wir versucht haben alle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Das ist uns vollkommen klar, dass man auf über 70.000 m² nicht nur Wohnbau machen kann, weil dazu würde ich den notwendigen Bedarf brauchen und dieser Bedarf nach so viel Wohnraum stellt sich derzeit nicht. Es ist mit Sicherheit auch nicht der Bedarf für 70.000 m² Geschäftsfläche. Überhaupt keine Frage. Darum ist in diesem Bebauungsplan auch ein Mix zwischen Geschäftsfläche, Wohnverbauung sehr viel frei und Grünraum drinnen. Ich glaube, das ist wichtig eine Durchlässigkeit mit öffentlichen Wegen, sodass der Stadtteil, der durch die B 115 eigentlich geteilt wurde und fast zerschnitten wurde, wieder zusammengeführt wird und ein gemeinsamer Stadtteil wieder entstehen kann ohne dem Sperrriegel den jetzt die Kaserne dort eigentlich darstellt. Ich sehe das also wirklich positiv. Wenn der Wunsch nach dem Kauf des Grundstückes jetzt gestellt wurde, dann verweise ich einmal auf eines, seit über 4 Jahren ist bekannt, dass dieses Grundstück verkauft werden soll. Wenn man wirklich der Meinung gewesen wäre, ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Seit 6 Jahren weiß man das.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

... dann hätte man das auch früher deponieren können und nicht ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das haben wir aber gemacht, Herr Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

... jetzt wo es in der Endphase eigentlich ist. Es ist schon ziemlich blauäugig, im wahrsten Sinne des Wortes, wenn ich auf der einen Seite jammere, dass die Finanzen der Stadt, und das ist ja zugegeben wirklich der Fall, sehr, sehr schlecht sind, dass man dann das Geld dafür aufbringen soll, wenn wir selbst nicht einmal wirklich eine Verwendung dafür hätten. Wir sind eigentlich sehr froh, dass der derzeitige Investor, also jener der dieses Areal vorgestern bereits gekauft hat, auch zugesprochen hat, dass er Flächen freihält für öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten oder auch Altenheim. Also, was wünschen wir uns da eigentlich mehr als einen Partner zu haben der Gesprächsbereit ist, mit dem man verhandeln kann. Viel mehr Ängste und viel mehr Besorgnis habe ich eigentlich mit der Verkehrsgeschichte. Auf der einen Seite glaube ich können wir ja froh sein, dass wir jetzt endlich dieses Grundstück bekommen, zu dem auch der Herr Strasser gesagt hat das weiß er, das ist ihm bekannt, damit ist er auch einverstanden. Nur es ist sehr viel Zeit vergangen. Und wie wir alle eigentlich auch mitverfolgt haben, ist die Stimmung zwischen Stadt und Land derzeit nicht am besten. Durch diverse emotionale Aussagen, Pressemeldungen sind, ich würde es vorsichtig ausdrücken, atmosphärische Störungen zwischen Stadt und Landespolitikern vorhanden. Wenn ich mir

jetzt anschauen, dass rund um Steyr, oder auch überhaupt in Oberösterreich, gewisse Straßenbauvorhaben vorgezogen werden, Ansfelden - Umfahrung ist vorgezogen worden, Siering ist vorgezogen worden. Das sind alles rote Gemeinden. D. h., es geht nicht darum schwarzes Land, rote Gemeinde, sondern es geht ganz offensichtlich um eine ganz tiefgehende Verstimmung zwischen Stadt und Land. Da möchte ich schon den Bürgermeister auffordern sich zu überlegen ob es nicht sinnvoll wäre, so öffentlich wie er seine Aussagen in der Zeitung Österreich gemacht hat, ob er sie nicht öffentlich relativiert oder widerruft, damit das Verhältnis mit dem LH-Stv. Hiesl wieder besser wird, damit nicht eine ganze Region darunter zu leiden hat, weil vielleicht zwei Leute persönlich Probleme haben. Ich glaube auch hier, Herr Bürgermeister, sollte man eine gewisse Größe haben und das machen, weil sonst müssen wir zuschauen wie rundherum Bauvorhaben vorgezogen werden und wir fahren nach wie vor auf unserem Straßennetz was eine Katastrophe ist.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Der Baulandesrat muss sich ja an das Gesetz halten und die Dringlichkeit einhalten. Das ist ja unglaublich, was du ihm unterstellst.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich bedaure es auch, dass die Stadt nicht rechtzeitig ernsthaft Kaufverhandlungen geführt hat, aus dem ganz einfachen Grund, und das haben ja die Ereignisse der letzten Tage gezeigt, wäre es wirklich

so ein überhöhter Preis gewesen, wäre es wirklich so uninteressant dieses Grundstück in Bausch und Bogen zu kaufen, dann hätte sich nicht so schnell jemand gefunden. Das macht ja nicht jemand aus karikativem Anlass, sondern weil er sich etwas davon erhofft. Nämlich aufgrund der Verwertung durchaus Gewinn zu erzielen. Ich glaube auch sehr wohl, und da denke ich mir bin ich in Gesellschaft der Grünen und der FPÖ, dass, wenn man das Grundstück gekauft hätte, sehr wohl Einnahmen erzielt hätten werden können durch den Weiterverkauf von kleineren Flächen, zugleich hätte man aber eines gehabt ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

... zugleich hätte man aber den Vorteil gehabt wirklich entscheiden zu können was mit dem Grundstück passiert. Ich denke mir das ist nicht unwesentlich, wir haben nicht allzu viel Grundstücksreserven, wir haben dort eine angespannte Verkehrssituation die sich nicht nur auf den Bereich Tabor, Posthof, sondern auch, wenn man ein bisschen weiter denkt, die Wolfener Kreuzung usw. D. h., ich finde es auch schade. Da muss ich schon ein bisschen korrigierend einwirken, es hat sehr wohl zahlreiche Gespräche mit dem Herrn Bürgermeister gegeben, wo von der Oppositionsseite deponiert worden ist, von mir, von den Grünen und auch von der FPÖ, hier wirklich Kaufverhandlungen zu führen. Nur das ist halt leider nicht passiert. Wir werden sehen, was jetzt die Zukunft bringt. Nur eines haben wir schon aus der Hand gegeben, relativ viel an Einflussmöglichkeiten und im Bereich Stadtentwicklung sollten wir schon auch wissen was wir wollen. Ob wir dort wirklich das große Einkaufszentrum wollen, ob wir dort

wirklich mehr Verkehr möchten, das bezweifle ich, dass das ein Mehrheitswunsch der Bevölkerung in Steyr ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in Wirklichkeit hat es kein Einziger in diesem Kreise ernst gemeint das Kasernenareal zu kaufen. Du am aller wenigsten, Roman. Es ist zwar ein schöner Zeitungsgeck, dass ich mich hinstelle und sage die Stadt soll das kaufen, weil ich erinnere mich nur und habe deine Worte bei den letzten Budgetdebatten noch immer in mir, wo du ja der größte Jammerer bist, weit mehr als es in Wirklichkeit ist. Es geht uns eh nicht ganz so gut, das will ich gar nicht bestreiten, die finanzielle Situation ist angespannt, aber dass wir da die Reserven hätten so ein Grundstück in dem Ausmaß mit den Kosten zu kaufen, das hat kein Einziger geglaubt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Doch, zwischenfinanzieren.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es ist doch heute schön darüber zu diskutieren wenn das schon gekauft ist. Der hat das Geld bereits überwiesen. Und dann stellen wir uns her und diskutieren wir, es ist eigentlich schade, dass wir das nicht gekauft haben, so etwas, na mein Gott na.

Es hätte jede Fraktion die Gelegenheit gehabt innerhalb von diesen 6 Jahren einmal einen Antrag zu stellen, das hätte nichts geändert.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich nicht Kollege Bremm, ich kann ja keinen Antrag einbringen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Man hätte hier den Antrag stellen können und nicht jetzt wieder alles so hinstellen, als ob da etwas versäumt worden wäre. In Wirklichkeit ist überhaupt nichts versäumt worden. Ich glaube, das gehört auch in Richtung der Öffentlichkeit so dargestellt. Es ist nicht, dass dort irgendein Wildwuchs passieren kann auf dem Areal. Das wissen alle die da herinnen sitzen ganz genau, weil wir uns nämlich seit Jahren damit intensiv beschäftigen. Das soll schon zeigen, dass wir da größtes Interesse haben, dass wir auf dem Areal eine qualitätsvolle Bebauung zustande bringen und nicht irgendein Großmarkt dort hin kommt und sich eine große Nase verdient, egal wie das in der Stadt weiter geht. Vor Jahren, das war noch unter Altbürgermeister Hermann Leithenmayr, ist ein Auftrag schon gegeben worden an Arch. Medeck einen Bebauungsplan, eine Bebauung vorzuschlagen, auszuarbeiten und den haben wir in vielen, vielen Stunden diskutiert. Wir haben ihn erst im letzten Stadtsenat einer Beschlussfassung zugeführt. Also, uns liegt dort schon sehr viel daran, dass eine ordentliche, anständige Bebauung stattfindet. Eines wissen wir natürlich auch sehr genau, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn wir wo Grundstückeigentümer sind, dann werden wir in keinster Weise so behandelt wie wenn heute ein Privater ein Grundstück hat, weil wir müssen das Grundstück immer billiger hergeben als wir es gekauft haben. Wir haben ja genügend solche Erfahrungen gemacht. Wenn wir das Kasernenareal gekauft hätten, wenn wir uns schon diesen Ausflug leisten hätten wollen, und dann in einzelnen Teilstücken verkaufen, dann hätten wir jeden subventionieren müssen und es hätte uns eine Menge Geld gekostet für die Stadt. Ich glaube, dass das wirtschaftlich der vernünftigste Weg gewesen ist den wir da bestritten haben. Für die Qualität

der Bebauung ist dort überhaupt keine Gefahr, weil das liegt auch in unserem Ermessen und in unserer Zuständigkeit, welche Bebauung wird dort letztendlich einem Investor gestatten werden. Da ist überhaupt nichts verloren gegangen oder irgendwelche Gefahren in Sicht.

Zum Thema Klima, was die Straßen anbelangt. Ich kenne dich mittlerweile auch schon einige Jahre, Gunter Mayrhofer, und ich unterstelle dir jetzt eigentlich, dass du das eh gar nicht so gemeint hast wie du es gesagt hast.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das unterschreibe ich dir, das habe ich genauso gemeint wie ich es gesagt habe.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Hüte dich. Weißt eh, wenn was geschrieben ist, hat das ganz eine andere Qualität. Das kann doch nicht wirklich dein ernst sein, dass da der LH Stellvertreter Hiesl, in seiner Funktion als Landesstraßenreferent von OÖ, eine heilige Kuh ist. Das kann es doch nicht sein, dass es nicht erlaubt ist, dass man den kritisiert. Es ist halt so üblich auch in der Politik und da braucht sich keiner scheinheilig irgendwo hinstellen, dass man nicht ab und zu auch einen salopperen Ausdruck verwendet.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe dein Interview eh noch genau im Ohr.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Jetzt musst du den LH Stellvertreter Hiesl mit Glaceehandschuhen angreifen, weil wenn man das nicht macht, dann droht er und sagt wir werden die ganze Region und die Stadt vor zukünftigen Entwicklungen ausschließen,

da wird nichts gebaut. Das ist doch ein Demokratieverständnis, das ist ja katastrophal. Das ist ein katastrophales Demokratieverständnis.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das siehst du eh, in Sierning in der Region wird gebaut.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Dann ist der falsch am Platz dort, wenn er wirklich so handeln würde. Das ist eine Sauerei und das lassen wir uns als Stadt Steyr auch nicht gefallen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich glaube es wird da in OÖ sicherlich noch Politik betrieben werden, nicht, dass man unter dem Türdackerl hineinrutschen muss und Bittsteller sein muss, sondern dass eine vernünftige Entwicklung in OÖ stattfindet, dass da auch die Straßen, die für die Stadt Steyr von enormer Wichtigkeit sind, auch dementsprechend finanziert werden.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Aber ich brauche niemanden als Lügner oder Dilettanten bezeichnen und dann glauben, dass ich eine normale Gesprächsbasis habe.

Zwischenrufe: Das hat er ja nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Der Bürgermeister hat den LH Stellvertreter nicht als Lügner bezeichnet, er hat nur den Vorstandsdirektor, und jetzt sage ich nicht den Namen dazu, weil wir heute das RTV da haben, jetzt sage ich ihn nicht dazu, eines Großbetriebes in Steyr, der hat ihn so be-

zeichnet, und er hat den Vorstandsdirektor nur zitiert.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Umsonst.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es war schon so manches umsonst. Wir wissen noch den Abgang des Bürgermeisters Leithenmayr wie das war mit der Rederbrücke, der sich erlaubt hat die Brückenkonstruktion zu kritisieren, weil vielleicht für die Stadt Steyr eine andere Konstruktion schöner gewesen wäre. Da war er tot beleidigt und hat sich bitterlich darüber beklagt. Der erste Kanossagang den der jetzige Bürgermeister Forstenlechner machen musste, dass er zum Landeshauptmann Hiesl mit einem Freundschaftsbecher hinüber gefahren ist ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der ist herüber gekommen.

GR Andreas Kupfer kommt um 14.50 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Hat er ihn sich selbst abgeholt?

Gelächter

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe ihn eingeladen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es war eine Fehlinvestition. Aber wenn es der Stadt Steyr hilft, dann bekommt er ...

STADTRAT

WALTER OPPL:

Den Freundschaftsbecher meinst du.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja freilich.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Nur, dass sich alle auskennen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Dann bekommt er einen zweiten Freundschaftsbecher und den bezahle ich persönlich, wenn es für das Klima was hilft.

Diese Empfindlichkeit von Hiesl ist zurückzuweisen. Also, das ist in Wirklichkeit unerhört. Du kennst ihn selbst eh. Er ist ein Austeiler wie es kaum einen in der Politik in OÖ gibt. Er teilt aus mal 3. Wenn man austeielt, dann muss man auch einstecken können. Das kannst du ihm vielleicht einmal bei Gelegenheit sagen. Ich weiß eh, das ist nicht so einfach, weil dann haut er dich auch wieder nieder.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GR Ing. Gerhard Klausberger kommt um 14.53 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Thema Kasernengelände, vielleicht gestatten Sie mir auch noch ein paar Worte dazu, weil mir wirklich einiges daran liegt, dass da richtige Informationen rausgehen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, im Jahr 2001, das war meine erste öffentliche Rede, die Schließung der Trollmannkaserne. Dann haben wir uns vonseiten der Stadt unheimlich bemüht, hier qualitätsvolle städtebauliche Gestaltung zu erreichen und haben den Auftrag an Nera Medeck gegeben dieses Nutzungskonzept zu erstellen. Das hat uns nicht wenig Geld gekostet und ist

auch aus meiner Sicht ein sehr gutes Konzept geworden. Nur hat sich die Geschichte dann so entwickelt, der Strasser war ja bis jetzt der 7., der dieses Kasernengelände kaufen wollte und dann auch gekauft hat. Vorher waren 6 die gesagt haben sie möchten es gerne kaufen. Die ersten 5 haben gesagt, ja, sie möchten dort Kaufhäuser hinbauen und größere Verkaufsflächen dort haben. Das war im ersten Ansatz nicht möglich. Ich habe dann die Initiative dahingehend ergriffen, dass ich gesagt habe ich hole alle Steyrer Architekten an meinen Tisch, die sogenannte IGAS-Lösung ist dabei entstanden. Den Architekten habe ich die Geschichte erzählt, wie es um das Kasernenareal in der Vergangenheit zugegangen ist, dass offensichtlich hier keine weitere Entwicklung möglich ist, wenn nicht eine Änderung dieses Nutzungskonzeptes vorgenommen wird und sie sollen einen Plan erstellen, so war mein Wunsch an die IGAS, wo man halt einigermaßen verträglich noch auch hier entsprechende Verkaufsflächen unterbringt. Das ist dann auch gelungen und dann sind erst die Gespräche wieder intensiver geworden. D. h., es hat dann Gebeshuber-Neudeck gegeben die es eventuell gekauft hätten und Strasser, einer der anscheinend auf diesem Gebiet schon sehr viel Erfahrung hat, hat jetzt zugegriffen und hat dann auch in einem Gespräch mit mir sehr deutlich gesagt was seine Vorstellungen sind und dass er auch intensiv mit der Stadt zusammenarbeiten möchte. Also er wird unsere Wünsche so gut es geht berücksichtigen. Man muss aber ganz klar dazu sagen, ganz wesentlich sind wir auf diesem Gebiet neue Gestaltung Kasernengelände vom Land OÖ abhängig. Es müssen dort noch Umwidmungen gemacht werden, es muss ein Verkehrskonzept erstellt werden, eine Umweltverträglichkeitsprüfung ect. Also, es ist ein langer Weg noch bis dort hin, dass man wirklich dann eine Ge-

staltung hat so wie wir es uns vorstellen und wie man es auch in der Summe der Meinungen umsetzen kann. Das ist meine Vorstellung dazu und ich bin überzeugt, dass Strasser ein sehr guter Mann ist. Er hat mir das auch sehr deutlich erklären können was seine Vorstellungen sind.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir brauchen eine 2/3 Mehrheit zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 9). Ich bitte alle, die für die Absetzung sind um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? 2 Grüne (GR Kupfer und GR Fanta). Gibt es Stimmenthaltungen? Die Absetzung ist mit entsprechender Mehrheit angenommen worden. Punkt 9) ist damit abgesetzt.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und dazu gebe ich meinen Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem ersten Antrag geht es um Investitionskostenzuschüsse 2008 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades. Hier sind entsprechende Mittel im Budget vorgesehen. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Es geht hier in Summe um 731.400 Euro.

1) Fin-267/07

Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2008 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 18.

12. 2007, wird den Stadtwerken Steyr zur teilweisen Finanzierung von Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe und des Stadtbades ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von insgesamt EUR 731.400,00 gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei VAS 5/879000/779000 ein Betrag in Höhe von EUR 681.400,-- und bei VAS 5/879000/779200 ein Betrag von EUR 50.000,-- für das Rechnungsjahr 2008 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 730.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Es wird ja wohl niemand in Abrede stellen können, dass ich mich immer, nicht nur in den Zeiten wo ich als politischer Referent für die Stadtwerke zuständig war, dafür eingesetzt habe, dass die Stadt Steyr als Eigentümer der Stadtwerke Investitionskostenzuschüsse nach ihrem Ermessen und nach ihrer Budgetlage leistet in den verschiedenen Bereichen der Stadtwerke. Und zwar deswegen, weil sie sich diese großen Investitionen, Erneuerungen wie z. B. beim Stadtbad, Kunsteisbahn oder vor allen Dingen in den Verkehrsbetrieben aus eigener Finanzkraft ja nicht leisten könnten. Allerdings, meine sehr geehr-

ten Damen und Herren, möchte ich auch heute wieder darauf hinweisen, dass sich bedauerliche Weise die finanzielle Situation der Stadtwerke massiv verändert hat, und zwar verschlechtert hat. Vor allen Dingen deswegen, weil sich, und das wurde ja auch schon vielfach diskutiert, die Freigabe des Gasmarktes sehr negativ für die Geschäfte der Stadtwerke ausgewirkt hat. Für das Jahr 2008, also für das heurige Jahr, erwarten die Stadtwerke aufgrund ihrer Unterlagen selbst einen Verlust in der Bilanz von etwa 2,59 Millionen Euro. Das möchte ich nur anfügen.

Um das geht es mir aber heute nicht primär, ich möchte vielmehr auf eine Differenz aufmerksam machen, und zwar auf eine Differenz zwischen dem was der Gemeinderat bei der Budgetbeschlussfassung als Anhang beschlossen hat, nämlich auch den Teil der Investitionen der Stadtwerke und was heute hier laut vorliegendem Amtsbericht beschlossen werden soll. Und zwar wurde damals, am 13. Dezember, im Zusammenhang der Beschlussfassung des Gesamtbudgets Folgendes berücksichtigt. Und zwar erwarten sich die Stadtwerke für ihre Investitionen in einer Größenordnung von 740.000 Euro im Verkehrsbetrieb einen Zuschuss von der Stadt in Höhe von 485.000 Euro, für den Ankauf von zwei Solobussen und im Bereich des Stadtbades sind Investitionen geplant für Hochwasserschutz, hauptsächlich 3. Etappe, Erweiterung Rutsche und einige andere Maßnahmen von 373.000 Euro und man erwartet sich laut Beschluss des Gemeinderates dafür einen Betrag vonseiten der Stadt von 236.400 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist völlig klar, dass dieser Betrag, da geht es nämlich um 10.000 Schilling Differenz ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
10.000 Euro.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Pardon, 10.000 Euro, dass das nicht ein großer Betrag ist in der Relation der gesamten Förderungssumme. Aber dennoch glaube ich sollte der Gemeinderat mit richtigen Zahlen versorgt sein, sollte richtige Zahlen beschließen um nachträgliche Reklamationen zu vermeiden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Gibt es sonst noch Wortmeldungen?
Kollege Hauser bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzter Herr Bürgermeister, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. Nun, der Investitionszuschuss 2008, die 10.000 Euro muss ich erst prüfen wo die jetzt herkommen, ich habe das jetzt auch nicht so im Auge, aber ich nehme an, dass der Herr Finanzdirektor Lemmerer das wahrscheinlich aufklären kann wie es dazu kommt. Aber diese Investitionszuschüsse sind für uns natürlich insofern sehr wichtig, weil ich mir denke, wir haben gesehen, dass die Erhöhung der Fahrgastzahlen nicht erzielt werden kann durch große Werbungen oder sonstige Dinge, sondern vor allen Dingen, dass unsere Busflotte permanent modernisiert wird, dass unsere Busflotte behindertengerecht ausgerüstet ist, dass es Niederflurbusse sind die absenkbar sind und somit allen Bevölkerungsschichten, allen Bevölkerungsteilen von Steyr, egal ob es um Behinderte geht, um junge Mütter geht die mit Kinderwagen in diese Busse hinein müssen, dass das die beste Werbung für den öffentlichen Verkehr

in Steyr ist. Zusätzlich tun wir ja zur Zeit auch sehr viel für das Regionalverkehrskonzept. Es sind also alle Beschleunigungsmaßnahmen für die Ampelbeeinflussung in den Bussen schon eingebaut und es fehlen jetzt noch die Ampelbeeinflussungen in den stationären Ampeln die hier vorgesehen sind. Andererseits geht es auch nach wie vor um die Umrüstungen von Haltestellen, damit sie auch behindertengerecht sind. Ein sehr positives und Vorzeigebeispiel möchte ich nur kurz zitieren, das noch im Dezember fertig geworden ist, nämlich das bei der Steyrdorschule, Industriestraße. Also, wenn sich das jemand anschauen möchte, so stelle ich mir behindertengerechte und ordentlich ausgerüstete Haltestellen vor. Daher denke ich mir, das kostet halt auch Geld und dieses Geld können wir von den Stadtwerken alleine nicht aufbringen, daher brauchen wir auch diese Investitionszuschüsse der Stadt Steyr für diese Dinge. Außerdem, im Stadtbad ist es natürlich auch so, dass die Wünsche der Bevölkerung groß sind und wir merken das natürlich auch, weil wir mit unseren Kundinnen und Kunden, mit unseren Bürgerinnen und Bürgern ja auch sprechen und sie natürlich auch ihre Wünsche kund tun. Jetzt steht einmal für eine der ersten Verbesserungen die Rutsche im Freibad an. Außerdem möchte wir noch gerne Verbesserungen in der Sauna durchführen und in den Sommermonaten, wo dann das Hallenbad geschlossen ist, werden wir auch versuchen ein großes Manko unseres Hallenbades endlich in den Griff zu bekommen, nämlich, dass es dort keine Rutsche gibt und uns deswegen sehr viele Eltern erzählen, dass sie auf die umliegenden Bäder z. B. nach Vöcklabruck, Amstetten oder nach Bad Schallerbach ausweichen und wir wollen natürlich hier den Wünschen unserer Bürgerinnen und Bürger entgegenkommen um das eben zu bringen. Das bedeutet letztlich auch, dass wir inves-

tieren müssen. Wir haben also auch hier die Gespräche mit unserem Finanzreferent, dem Herrn Bürgermeister, geführt und der hat gesagt, das können wir uns nicht alles auf einmal leisten und wir haben gesagt, na gut, dann wird also auch ein gewisses Maß an Vorfinanzierung von uns statt finden. Wie ich unter anderem auch darstellen möchte, dass ja auch die Verbauung für den Ramingbach einerseits zuerst von den Stadtwerken vorfinanziert wurde, mittlerweile das Geld vom Land OÖ wieder da ist und die Stadtwerke das zurück bekommen. Daher denke ich mir, dass es vernünftig ist solche Lösungen anzubieten, die Investitionen auch zu machen. Schließlich und endlich geht es um die Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger und dafür wollen wir auch in der Zukunft weiter arbeiten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke Kollege Hauser. Wünscht noch jemand das Wort. Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Thema 10.000 Euro Differenz zwischen dem Antrag und dem tatsächlich angeforderten Betrag. Da muss ich mich beim Roman bedanken, du bist wirklich sehr gewissenhaft, du schaust dir das sehr genau an. Wir werden aber grundsätzlich nur diese Summen ausgeben die tatsächlich auch notwendig sind. Wenn da jetzt ein Unterschied von 10.000 Euro ist, dann wird sich das in den nächsten Tagen klären.

Ich bitte nun um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Punkt 2) ist die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit, über das Thema haben wir ja heute schon gesprochen, sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Hier wird ja, wie in den vergangenen Jahren, so vorgegangen, dass es einen sogenannten Sockelbetrag gibt der die Höhe von 20.570 Euro beträgt und pro Mandat 1.936 Euro. Das ergibt halt je nach Mandatsstärke unterschiedliche Größenordnungen. Die Gesamtsumme beträgt 224.854 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

2) Ha-7655/91

Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit, sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2008 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 2007 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2008 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 2006. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 2006 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 2005 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge, die zur Vermeidung von unrunder Beträgen kaufmännisch gerundet wurden:

SPÖ

20.570,00 Euro (Sockelbetrag)
44.528,00 Euro (pro Mandat
1.936,00 Euro)
33.419,00 Euro (Fraktionsumlage
1.453,00 Euro pro
Mandat)

98.517,00 Euro

ÖVP

20.570,00 Euro (Sockelbetrag)
11.616,00 Euro (pro Mandat
1.936,00 Euro)
8.718,00 Euro (Fraktionsumlage
1.453,00 Euro pro
Mandat)

40.904,00 Euro

FPÖ

20.570,00 Euro (Sockelbetrag)
5.808,00 Euro (pro Mandat
1.936,00 Euro)
4.359,00 Euro (Fraktionsumlage
1.453,00 Euro pro
Mandat)

30.737,00 Euro

DIE GRÜNEN STEYR

20.570,00 Euro (Sockelbetrag)
5.808,00 Euro (pro Mandat
1.936,00 Euro)
4.359,00 Euro (Fraktionsumlage
1.453,00 Euro pro
Mandat)

30.737,00 Euro

BÜRGERFORUM STEYR FRECH

20.570,00 Euro (Sockelbetrag)
1.936,00 Euro (pro Mandat
1.936,00 Euro)
1.453,00 Euro (Fraktionsumlage
1.453,00 Euro pro
Mandat)

23.959,00 Euro

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs- Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

224.854,00 Euro

werden bei der VSt. 1/000000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort. Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stim-

menthaltungen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zum Punkt 3), Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2008. Die Europäischen Wissenschaftstage 2008 werden zum Thema „The Economics of the Health Care Sector“ gewidmet sein und es wird wieder entsprechend gute Vortragende geben. Es wird auch entsprechende Medienpräsenz bei den Europäischen Wissenschaftstagen wieder in Steyr vorhanden sein. Es geht hier um Gesamtkosten, die diese Wissenschaftstage kosten, von 205.300,-- wovon die Stadt 52.700 Euro beisteuern wird. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

3) Präs-815/07

Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. 11. 2007 wird der Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage 2008 in Steyr“ ein Subventionsbetrag in Höhe von

Euro 52.700,00

bei der VAST. 1/289000/757300 für das Finanzjahr 2008 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mein nächster Antrag behandelt das Stadtmarketing Steyr GmbH – Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2008, der sogenannte Gesellschafterzuschuss, der in der Höhe von 238.000 Euro im Budget auch so vorgesehen ist. Das Stadtmarketing Steyr arbeitet ja sehr positiv. Es gibt Wirtschaftsgespräche, es gibt eine Datenbank für Leerflächen, es gibt einen Mietenpreisspiegel, es gibt Waren- und Erlebnisgutscheine die sich sehr bewehrt haben in der Vergangenheit. Also, rundum eigentlich eine sehr positive Entwicklung am Sektor Stadtmarketing. Der Geschäftsführer Alfred Pech leistet hier sehr positive Arbeit für die Stadt Steyr die sich auch für die Kaufleute am Stadtplatz und in der gesamten Stadt sehr positiv auswirkt. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) Fin-271/07

Stadtmarketing Steyr GmbH – Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2008; Gesellschafterzuschuss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 2. 1. 2008 wird der Stadtmarketing Steyr GmbH ein Gesellschafterzuschuss in Höhe von **Euro 218.000,00** genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von **Euro 218.000,00** (Euro zweihundertachtzehntausend) bei der VA-Stelle 5/015000/757000 (lfd. Transferzahlungen) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von **Euro 215.000,00** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finan-

zen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Prüfbericht des Rechnungshofes betreffend der LAWOG. Ich bitte diesen Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen.

5) Präs-546/07

Prüfbericht des Rechnungshofes betreffend LAWOG; Kenntnisnahme durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend die Prüfung der LAWOG (GZ 001.504/213-S3-1/07) wird zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich nehme an, dass Sie sich alle den Prüfbericht zu Gemüte geführt haben. Ich möchte vielleicht nur ein oder zwei Sätze dazu sagen, weil wir ja heute noch genug Möglichkeit haben über die allgemeinen Geschäftsgebahrungen bzw. Mietprobleme in einzelnen GWG's zu diskutieren. Ich möchte aber darauf hinweisen, wenn Sie den Prüfbericht sehr aufmerksam lesen, dann kommen Sie auf Einzelheiten drauf, die ja durchaus auch vergleichbar sein

könnten, dass GWG's der Stadt Steyr, aber auch anderswo, muss ich auch dazu sagen, ähnliche Problematiken haben. D. h., es sind Problematiken bei der Zinsgestaltung, es sind Problematiken bei der Pauschalierung diverser Bauaufsichten. Wir können ja eh noch genauer darüber reden. Ich bin durchaus der Meinung, dass es bei der Mietgestaltung noch einen erheblichen Spielraum gibt würde man die Berichte des Rechnungshofes auch 1:1 umsetzen. Ich würde mir das auch für Steyr wünschen sollte es eine ähnliche Problematik geben. Ich weiß nur nicht wie wir in dem speziellen Fall, sollte es bei der GWG Steyr eine ähnliche Problematik geben, vorgehen sollen, nachdem das ja ausgegliedert ist. Aber wir können ja noch bei dem Tagesordnungspunkt „Dringlichkeitsantrag“ genauer darüber sprechen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (Bürgerforum Steyr). Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zum Punkt 6), Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2007. Im Nachtragsvoranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2007, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 15. November 2007, sind zur Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes für das Rechnungsjahr 2007 Darlehensaufnahmen in der Höhe von insgesamt 11,9 Millionen Euro vorgesehen. Im Laufe des Rechnungsjahres wurden davon be-

reits 8,4 Millionen Euro beschlossen und aufgenommen, sodass ein Rest und damit ein zusätzlicher maximaler Darlehensbedarf von 3,5 Millionen Euro verbleibt. Davon sind maximal 2.315.000,-- Euro für Kanalbau auf 20 Jahre und maximal 1.185.000,-- Millionen Euro auf 10 Jahre zu finanzieren. Die Finanzabteilung hat entsprechende Angebote eingeholt. Bei beiden Angeboten ist die Allg. Sparkasse OÖ als Bestbieter hervorgegangen. Ich bitte dem Antrag in dieser Form die Zustimmung zu geben.

6) Fin-100/06

Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 7. Januar 2008, wird folgenden Darlehensaufnahmen zugestimmt:

a) 10-jährige Darlehen:

Darlehensgeber:

Allg. Sparkasse OÖ Bank AG

Betrag und Laufzeit:

maximal EURO 1.185.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Konditionen:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,02 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,02 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs +/- 5 Punkten (= 0,05 Cent)

b) 20-jährige Darlehen:

Darlehensgeber:

Allg. Sparkasse OÖ Bank AG

Betrag und Laufzeit:

maximal EURO 2.315.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Konditionen:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,02 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,02 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs +/- 5 Punkten (= 0,05 Cent)

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, ect.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2008 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2008 gezahlt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche

notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen Dispositionen zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Dr. Braunsberger. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe bereits im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss diesem Antrag auch nicht die Zustimmung erteilt und ich möchte dies jetzt kurz kommentieren warum.

Meine Fraktion, und eigentlich geschlossen die gesamte Opposition, hat bereits der Budgeterstellung 2007 nicht die Zustimmung erteilt und das erfolgte bereits das 5. Mal. Fünf Jahre aufeinander hat die Opposition geschlossen dem Budget nicht die Zustimmung erteilt. Es ist eine zunehmende Überschuldung der Stadt Steyr und es werden keine nachhaltigen Maßnahmen getroffen, dass der steigende Entschuldung entgegengewirkt wird. Meine Fraktion hat auch bereits dem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung verwehrt. Eine eklatante Zusatzverschuldung zieht dieser Nachtragsvoranschlag nach sich und daher werden wir auch mit dieser Darlehensüberschreitung nicht mitgehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht sonst noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Gemeinderätin, wir wissen, dass Zustimmungen in den vergangenen

Jahren nicht gegeben wurden. Ihr habt natürlich die Verantwortung für den Budgetvollzug damit auch nicht übernommen. Die Verantwortung übernimmt für diese Budgetentwicklung natürlich zur Gänze die SPÖ. Darauf sind wir ganz besonders stolz. Wenn wir nicht diese Beschlüsse machen würden, gäbe es in Steyr keine positive Entwicklung. Wir könnten nicht entsprechende Aufträge an die Wirtschaft hinaus geben, was ja auch immer wieder gerade ihrer Reichshälfte zugute kommt.

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? FPÖ und Bürgerforum Steyr. Wer enthält sich der Stimme? ÖVP und Grüne. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinen 7. Antrag. Hier geht es um die TIC Steyr GmbH, um einen Kapitalzuschuss. Über das Thema Kapitalzuschuss für die TIC GmbH wurde bereits im Aufsichtsrat TIC diskutiert und es gibt eine Übereinstimmung zwischen Land, in dem Fall TMG, dem Verein FAZAT und auch den Genusswertsgebern, dass hier mit einem Kapitalzuschuss für die Zukunft der TIC GmbH eine wesentliche Erleichterung erreicht werden kann. D. h., die Wirtschaftlichkeit dieses Betriebes kann langfristig mit diesem Kapitalzuschuss abgesichert werden. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Kapitalzuschuss der ja über die Jahre 2012 bis 2016 in der Höhe von jeweils 40.000 Euro ausgezahlt werden sollte.

7) Fin-108/98

TIC Steyr GmbH; Kapitalzuschuss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 15. Januar 2008 werden der TIC Technology & Innovation Center Steyr GmbH. in den Jahren 2012 – 2016 Kapitalzuschüsse in der Höhe von jeweils Euro 40.000,00 gewährt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Grundstein für diese TIC Gesellschaft, die heute im Stadtgut angesiedelt ist, ist vor vielen Jahren im Wehrgraben gelegt worden, mit dem heute noch vorhandenen und existierenden Verein FAZAT. Ich habe dort noch gut in Erinnerung, als der damalige Bürgermeister Schwarz bei der Gründung gesagt hat, „Ziel soll sein, eines Tages, dass sich die Betriebsansiedlung, das FAZAT und TIC und diese gesamten Gesellschaften die dann in der Folge gegründet worden sind, aufgrund ihrer Aktivitäten selbst finanzieren sollen“. Das ist in den Protokollen nachzulesen. Wir sind nicht nur weit davon entfernt, sondern die Kosten rennen uns in den letzten Jahren ziemlich davon. Der Herr Bürgermeister war ja bei den letzten Sitzungen, wo wir sehr ernsthaft darüber diskutiert haben, auch anwesend und wir sind nicht sehr glücklich über die Entwicklung die sich jetzt abzeichnet. Ich möchte das noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir auch auf die Kostenseite da unten achten sollen und uns vielleicht einmal an das erinnern, was der Herr Altbürgermeister Schwarz damals gesagt hat. Er hat ja auch vollkommen Recht. Diese Dinge sollen sich ja auch irgendwann einmal selbst rechnen, weil wenn ich Betriebe

dort ansiedle, dann soll auch unter dem Strich für die Stadt etwas heraus kommen. Ansiedlungspolitik ist natürlich etwas ganz Wichtiges, aber die Zahlen die da inzwischen jedes Jahr beschlossen werden sind ja nicht ohne. Ich darf auch vielleicht ein bisschen in Erinnerung rufen was sich derzeit bei der TMG abspielt, die ja eher zur schwarzen Reichshälfte gehört, und täglich in den Zeitungen steht. Ich hoffe, dass das auch keine negativen Auswirkungen auf die Stadt hat. Da gibt es ja bekanntlich gewaltige Streitereien zwischen den beiden Geschäftsführern. Es soll ja noch in diesem Monat eine Entscheidung getroffen werden oder ist bereits getroffen. Der Herr Mag. Eder hat ja an diesen Sitzungen immer teil genommen. Ich hoffe, dass es auch in Zukunft mit den neuen Geschäftsführern wieder eine gute Zusammenarbeit und vor allem eine gezielte Finanzierung geben wird. Das ist ja nicht unwesentlich, weil ohne Beteiligung des Landes wäre das alles nicht notwendig. Das soll man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. Wir werden heute noch zustimmen, werden uns aber in Zukunft die Entwicklung ganz genau anschauen. Ich kann mir vorstellen, nachdem du ja bei den Sitzungen dabei bist, dass du auch diese Skepsis teilst und vielleicht auch dort deinen Einfluss ausübst, dass man auch diese Seite dort einmal wieder in Erinnerung ruft. Auch die Vertreter der Wirtschaft sehen das durchaus so. Ich glaube wir sollen das sehr genau beobachten und auch vielleicht bei der Geschäftsführung irgendwann einmal die Konsequenzen ziehen, wenn unsere Rufe dort immer ungehört bleiben. Das sollte man bei dieser Gelegenheit vielleicht auch einmal sagen, ohne Namen zu nennen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Payrleithner hat es ja schon angeschnitten. Ich glaube, die Situation ist nicht so einfach wie man vielleicht glauben möchte. D. h., bei allen letzten Vorstandssitzungen war das Thema Wirtschaftlichkeit ständig ein Thema, seit Jahren. Und seit Jahren wurde versprochen und eine Änderung ist praktisch nicht erfolgt. Ich teile auch nicht die Meinung des Bürgermeisters, dass alleine mit diesem Kapitalzuschuss die nachhaltige Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Wir haben eine bessere Chance. Wenn allerdings der laufende Betrieb nicht auch positiv gehandhabt wird, dann werden wir trotzdem nicht zu einer Eigendeckung kommen. D. h., es ist dort Feuer am Dach. Hier ist wirklich die Frage, wie lange schauen wir da zu. Da geht es ja um gewaltige Beträge bitte. Wenn Sie sich das anschauen, wir haben vonseiten der Stadt als Investitionsförderung 700.000 Euro zur Verfügung gestellt, der Bund 436.000, ein ERP-Kredit mit einer Million wurde gewährt, die TMG hat noch 1.057.000 gewährt und jetzt müssen wir alle miteinander noch einmal 700.000 Euro auf die Füße stellen. Ich meine, es gibt über die heutige Entscheidung kein Thema, weil so billig werden wir nie zu einem Geld vom Land kommen. D. h., wir müssen hier mit finanzieren weil wir auch mit verantwortlich sind. Aber Verantwortlichkeit heißt nicht nur Geld auftreiben, ich glaube da heißt es auch die notwendigen Entscheidungen und Konsequenzen zu treffen, unserer Aufsichtspflicht nachzukommen. Ich stehe nicht an zu sagen, dass es hier nicht fünf vor 12, sondern fast fünf nach 12 ist. Dem hier stimmen wir selbstverständlich zu. Mehr Bedenken habe ich gehabt beim Verein FAZAT, weil dieser Verein hat selbst noch 1 Million Schulden. Bei 1 Million Schulden 200.000 zusätzlich Fremdkapital aufzunehmen damit die

Stadt nicht noch mehr ins Minus läuft, damit die Stadt nicht noch mehr Schulden ausweisen muss, das zeigt auch den Weg vor, den wir bestreiten. Schauen wir, dass wir die Schulden in den ausgelagerten Betrieben haben, damit wir sie nicht in der Bilanz der Stadt ausweisen müssen. Bei den Zuschüssen zum TIC, die bekommen neben diesem Sonderzuschuss ja auch jährliche Zuschüsse. Und dann geht es sogar um solche Geschichten, Vernetzung Amtsgebäude Rathaus, Amtsgebäude Reithoffer, Gelände draußen, geht ein Auftrag an das TIC von über 40.000 Euro, obwohl wir das nicht einmal so weit brauchen, weil die Leerverrohrung haben wir schon bis hinaus und das Glasfaserkabel können wir auch einziehen. Da brauchen wir keine Studie, das ist nichts anderes als eine verdeckte Subvention für das TIC. Ich glaube, schön langsam müssen wir uns fragen wie lange wir uns das noch leisten können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, grundsätzlich sind wir uns darüber einig, dass wir in diesem Bereich, ob das jetzt vom FAZAT begonnen, wie es der Kollege Payrleithner historisch ein bisschen angeführt hat, bis zur Entwicklung und bis zum TIC hin, dass eine äußerst positive Entwicklung hier stattgefunden hat, auch was das Finanzielle anbelangt. Das muss man auch ein bisschen relativieren. Natürlich haben wir als Stadt auch dementsprechende Zuschüsse geleistet. Aber was insgesamt an Förderungen vom Bund, Land und darüber hinaus in die Stadt geflossen sind, also das sollten wir jedes Mal, wenn wir leise Kritik anbringen, also

dann sollte man das in Betracht ziehen. Es wäre nie das Geld gekommen, wenn wir das in der Form nicht gemacht hätten. Wir wissen, und wir sitzen ja da im Aufsichtsrat, Mayrhofer, Payrleithner kennen das, des TIC und wir wissen, dass natürlich eine wesentliche Ursache, dass das nicht kostendeckend zu führen ist, ist die Architektur des Hauses. Ich gebe dir Recht, und da gibt es überhaupt keine unterschiedliche Meinung dazu, dass man nicht geglaubt hat, und alle miteinander geglaubt haben, dass irgendwann der Zeitpunkt kommen sollte und kommen muss wo sich das selbst finanziert. Es ist uns beim FAZAT gelungen. FAZAT finanziert sich selbst. Also dort erwirtschaften wir auch dementsprechende Überschüsse, aber im TIC haben wir das Problem. Wie ich gesagt habe wir können zwar sehr stolz sein, dass wir ein architektonisches Highlight im Stadtgut drunten stehen haben, dass wir da auf der Tafel einen sehr berühmten Architekten, der das errichtet hat, stehen haben, der Architekt Holzbauer, da sind wir alle stolz. Bei den Festreden, wie das eröffnet worden ist, da habe ich das noch im Ohr, wie wir alle freudestrahlend das Haus begutachtet haben, geklatscht haben, uns gefreut haben, dass wir einen so berühmten Architekten für die Errichtung des TIC's gehabt haben. Aber es hat natürlich einen Hasenfuß. Der Nachteil ist, es ist architektonisch so gestaltet, dass es betriebswirtschaftlich äußerst schwierig zu führen ist. Es gibt so viele ...

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Der Architekt war nie da.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Doch, bei der Eröffnung war er anwesend.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Entschuldigung, ja, da war er da.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Dass es zu Holzbauer gekommen ist, da sind auch nicht wir in der Region oder in der Stadt verantwortlich dafür, sondern da hat es übergelagerte Stellen gegeben die das massiv betrieben haben, dass dieses Projekt dort so realisiert worden ist. Das wissen wir. Es ist ein Problem und es ist zu befürchten, aufgrund der ganzen Ausstattung, der Ausrichtung des Hauses, viel Leerfläche ist die man nicht vermieten kann, die aber Kosten erzielt, dass es äußerst schwierig sein wird das wirklich kostendeckend zu führen. Wenn man auch eine Kritik so in Richtung Geschäftsführung ein bisschen durch die Blume anbringt, eines muss man schon sagen, es waren schon große Bemühungen und wir stellen fest, dass wir doch eben in den letzten Sitzungen immer berichtet bekommen, dass die Auslastung von dem Haus, und das ist nicht ganz einfach, aber dass wir eine Auslastung von über 90 % vorfinden. Das ist schon, bei so einem Objekt, mit der Vielfalt an Unternehmen die dort drinnen sind und wieder ausziehen, dann muss man wieder neue suchen, also, das ist schon eine gute Leistung. Wie gesagt, von den Kosten her wird zu befürchten sein, dass es nicht kostendeckend zu führen sein wird, außer man bricht es auf das herunter, dass man nur mehr das Haus vermietet und eine kleine Verwaltung drinnen hat. Aber von dem ursprünglichem Technologie- und Innovationszentrum, dass wir uns von dieser Vision verabschieden und halt nur mehr Räume und Büros vermieten, da glaube ich, diesen Schritt muss man sich sehr gut überlegen, weil eines weiß man, dass halt Forschung, Entwicklung und solche Projekte Geld kosten, wenn es auch

schöner wäre, wenn sie sich selbst finanzieren könnten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Um das auch ein bisschen zu relativieren, wenn der Kollege Bremm sagt „wir“, dann meint er natürlich aus seinem Selbstverständnis heraus, so wie wir es heute auch gehabt haben bei der „Aktuellen Stunde“, die SPÖ-Fraktion in erster Linie. Ich kann mich sehr wohl erinnern, dass ich nicht zu den Freudestrahlenden gehört habe, einfach deshalb, weil, und das müsste uns schon bewusst gewesen sein, wenn wir uns genau damit beschäftigt haben, dass das Gebäude, und das hat der Herr Vizebürgermeister ja auch zugegeben, schlichtweg für das wozu es dienen soll eine Fehlkonstruktion ist. Das muss man einfach einmal so sagen. Es hat irrsinnig viel Kosten schon verursacht, alleine Umbauarbeiten vorzunehmen. Ich denke jetzt nur an den Bereich der Gastronomie, wo irrsinnig viele Probleme da waren und noch da sind. Ich denke an den Bereich, dass man, obwohl man ein Gebäude mit dermaßen viel Glas gemacht hat, es übersehen hat eine Klimaanlage zu errichten wodurch auch dann tatsächlich zum Teil Mieter ausgezogen sind, weil es im Sommer nicht auszuhalten war und so weiter und so fort und das steht ja auch im Amtsbericht drinnen.

Da ist wirklich alles schief gegangen was schief gehen kann, im Bereich von Planung. Das ist jetzt nicht meine Auffassung, das steht ja sogar im Amtsbericht drinnen. „Aufgrund höherer Errichtungskosten“. Es hat einmal mehr gekostet das Ding hinzustellen als man

geplant hat. „Aufgrund gestiegener Finanzierungskosten“. Na ja, selbstverständlich, wenn die Errichtungskosten steigen, dann steigen auch die Finanzierungskosten Bereich Fremdkapital. „Ungeplante Anlaufverluste“. Ja, da frage ich mich schon auch, wie weit hat man Marktforschung betrieben? Was hat man alles getan um auch tatsächlich diese Anlaufverluste zu minimieren? Dass es Anlaufverluste gibt, das weiß man. Aber wie gesagt, das waren die ungeplanten Kosten. Man hat eh welche geplant, aber die waren halt ungeplant. „Höhere Betriebskosten“ im Bereich Energie nehme ich an, unter anderem, „höhere Managementkosten“ usw. und so fort.

Ich werde diesem Antrag hier und heute die Zustimmung geben, mit Bauchweh, wie normalerweise der Kollege Hauser sagen würde, aber einfach deshalb, weil unser Zuschuss die Voraussetzung dafür ist, dass auch das Land in gleicher Höhe mitzahlt. Wäre diese Verquickung nicht, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, wäre ich hier nicht für diesen Finanzierungszuschuss. Aber in diesem Fall, denke ich mir, zum Nutzen der Region auch und zum Weitererhalt des TIC's werde ich da meine Zustimmung geben, wenn auch, wie gesagt, nicht überglücklich. Ich denke mir es ist wirklich 5 nach 12 und nicht 5 vor 12 hier endlich einmal zu reagieren. Ich kann mich an viele Diskussionen im Bereich des TIC's erinnern, nachdem ich dort auch im Aufsichtsrat bin, und das, was ich hier an Kritik geäußert haben und was auch an Kritik von den anderen Fraktionen gekommen ist, wird immer wieder eingebracht, nur muss ich sagen, das was dann tatsächlich umgesetzt wird ist schon ein gewisser Unterschied, weil wir stellen eigentlich da drinnen in der Runde, und da gehört sogar die SPÖ dazu, immer fest, na ja, da hätten wir Handlungsbedarf, da müsste etwas passieren, es gefällt uns nicht. Na,

dann muss halt endlich einmal was passieren.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es passiert ja jetzt etwas.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Was passiert denn? Es passiert, dass das Eigenkapital zwar erhöht wird, aber wir sehen, wie lange wird das dauern und ob sich tatsächlich die Wirtschaftlichkeit erhöht. Und Wirtschaftlichkeit als Verhältnis zwischen Kosten und Leistung, da bin ich gespannt in den nächsten ein, zwei Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Gemeinderätin Frech, es ist natürlich immer unheimlich einfach, dass man sich nach einigen Jahren, wenn der ganze Betrieb schon läuft, hinstellt und sagt, das geht nicht gut und das geht nicht gut und das hätten wir anders machen sollen. Zu dem Zeitpunkt wo man beschlossen hat welcher Architekt da genommen wird und wie das alles beschlossen worden ist, dass das gebaut wird, waren wir natürlich der guten Meinung es kommt dort ein Gründerzentrum hin und dieses Gründerzentrum, das muss man ganz ehrlich sagen, funktioniert auch bestens. Eine Auslastung von über 90 % ist auch im Vergleich zu allen anderen TIC's, die es in Oberösterreich gibt, eine sehr hohe Auslastung. Wir haben dort im vergangenen Jahr glaube ich schon 100 % Auslastung gehabt. Dass wir natürlich in dem Bereich Verluste gehabt haben, geplante Anlaufverluste, aber auch ungeplante Anlaufverluste ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Höhere Managementkosten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, nein, die ungeplanten Verlusten waren z. B. die, wie damals das Pro-factor ausgezogen ist, waren wir ganz kurzzeitig unter 90 %. In kurzer Zeit ist das wieder aufgefüllt worden und wir sind jetzt wieder beinahe voll. Mann muss auch eines dazu sagen, das ganze Projekt FAZAT, TIC, Stadtgut hat sich in der Vergangenheit äußerst positiv entwickelt. Dass wir jetzt ein Kapitalproblem haben, dass die Kapitalkosten im Bereich TIC überdimensional sind, das ist von meinen Vorrednern bereits sehr gut argumentiert worden. Es ist halt ein Gebäude, dreieckiger Grundriss, es sind halt ein paar Sachen geplant worden die sind nicht von der wirtschaftlichen Seite betrachtet worden vom Architekten, sondern eher von der architektonischen Seite. Wir sind jetzt so weit. Es gibt einen Plan. Wir sind immer wieder beisammen, bei den Aufsichtsratssitzungen, wo wir sehr bemüht sind auch diese Kosten sehr gut in den Griff zu bekommen, weil da auch ein paar Entscheidungen, gerade in der Vergangenheit gefallen sind, wo man Personal reduziert hat und Ähnliches. Wir werden auch noch weiter arbeiten auf dem Gebiet. Nachdem auch die Förderungen für Projekte vom Land und vom Bund immer weniger geworden sind, ist auch die Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich nicht so gegeben. Also, in Summe, muss man sagen, ist das Projekt TIC, Stadtgut, FAZAT für die Stadt Steyr eine äußerst positive Entscheidung, eine äußerst positive Entwicklung gewesen. Wir hätten heute kein Profactor, wir hätten heute keine Fachhochschule. Die Fachhochschulstudiengänge sind immer durch FAZAT entwickelt worden und das FAZAT hat inzwischen eine 100%ige Auslastung.

D. h., das Gebäude im Wehrgraben ist zu 100 % von der Fachhochschule angemietet. Also auch eine äußerst positive Entwicklung. Ich bin überzeugt, wenn dieser Kapitalzuschuss gegeben wird, ist es auch nicht so wie ich vielleicht eingangs zu diesem Antrag gesagt habe, dass damit alles wunderbar läuft und dass dann alles bestens ist, sondern es wird auch in Zukunft noch Anstrengungen bedürfen, dass wir hier die eine oder andere Maßnahme treffen und es wirklich langfristig so abzusichern, dass das ein Selbstläufer wird. Das ist natürlich auch unser Ziel. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Aber die Wirkung die vom TIC ausgeht, dass hier Gründer, Betriebsgründer, Firmengründer in dieses Gebäude eingezogen sind und dann ausgezogen sind, eigene Häuser gebaut haben und heute dort 680 Mitarbeiter im Bereich Stadtgut arbeiten, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Erfolg auch dieses Gesamtprojektes. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 1 FPÖ (GR Dr. Zöttl). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und gebe ihm den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich übernehme den Vorsitz und ersuche als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, in meinem Antrag geht es um den Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der ARGEV VerpackungsverwertungsGmbH über die Sammlung von Altverpackungen im Gebiet der Stadt Steyr. Wir haben ja vor mehreren Jahren schon einen Vertrag mit der ARGEV beschlossen, 2001, und jetzt geht es um Nachbesserungen. Also es werden bessere Tarife für die Stadt Steyr damit erreicht. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) Abfall-9/07
Abschluss eines Nachtrages zur Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der ARGEV VerpackungsverwertungsGmbH über die Sammlung von Altverpackungen im Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 6. 12. 2007 wird dem Abschluss des im Anhang beigeschlossenen Nachtrages 2007 zur Vereinbarung ARGEV – Gebietskörperschaft für das Sammelgebiet BAV Steyr Stadt, Sammelregion 402, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf samt Ergänzung und Anlagen zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, der Grund meiner Wortmeldung ist der, dass diesem Nachtrag ein ganzes Konvolut von Erklärungen zugrunde liegt, die ja offen gestanden, wahrscheinlich geht es einigen ande-

ren genauso wie mir, schwer nachvollziehbar und sehr schwer lesbar sind, daher habe ich eine konkrete Frage an den Herrn Referenten. Nachdem ja erst seit 1. 1. dieses Jahres erhöhte Tarife für die Müllentsorgung eingehoben werden, hat das in weiterer Folge auch Auswirkungen auf den Tarif, sprich auf eine weitere Tarifierhöhung?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Also dieser Beschluss, was wir heute beschließen, hat keine Auswirkungen auf irgendwelche Tarife der Stadt Steyr. Da geht es darum, dass wir bei den Sammelplätzen wo Kunststoff, Blech gesammelt wird, dass wir diese Stellplätze zur Verfügung stellen, dass wir diese Stellplätze betreuen und dass wir für das ein Entgelt bekommen. Also wir bekommen dafür Geld und es wird kein Tarif dafür an die Bürger verrechnet.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:
Da haben wir vorher auch schon ein bisschen was bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Ja, da haben wir vorher auch schon etwas bekommen und jetzt ist das nachgebessert worden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das heißt, es wird besser.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Das ist österreichweit.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also eine eindeutige Verbesserung. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:
Den haben wir ja von der Tagesordnung abgesetzt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Entschuldigung, den haben wir ja gestrichen.
Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Vzbgm. Dietmar Spanring.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse, liebe Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Jahressubvention 2008 für den Kulturverein Röda Steyr, in der Höhe von 40.000 Euro, der in der Budgetgemeinderatssitzung vorgesehen und beschlossen worden ist. Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

10) Fin-256/07

Kulturverein Röda; Jahressubvention 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 14. Dezember 2007 wird dem Kulturverein Röda Steyr, vertreten durch den Vorsitzenden Mario Werndl, 4400 Steyr, Gaswerk-gasse 2, eine Jahresförderung für das Jahr 2008 in der Höhe von

**Euro 40.000,--
(i. W. EURO vierzigtausend)**

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. - Röda) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ein paar Worte, nachdem wir eine weitere Kultureinrichtung auch noch auf der Tagesordnung haben für die dasselbe gilt. Ich möchte nur eines zu bedenken geben, dass wir seit Jahren gleichbleibend hohe Subventionen gewähren, an die meisten Kultureinrichtungen ...

Zwischenruf: An alle!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja genau, um so schlimmer. Ich wollte es gar nicht so drastisch formulieren. An alle, du hast völlig Recht. Das macht nämlich das Bild noch viel trister. Inzwischen aber, und Sie brauchen nur die Zeitung aufschlagen, die Inflationsrate zunehmend steigt, die Lebenshaltungskosten steigen, die Personalkosten steigen. D. h., dass im Endeffekt die Vereine immer weniger bekommen, von Jahr zu Jahr. Sie bekommen zwar nominal dasselbe aber real jedes Jahr weniger. Ich frage mich nur, wie soll sich das ausgehen und wie sollen die weiterhin ihre kulturellen Leistungen für die Stadt erbringen. Ich möchte es einfach nur einmal bewusst machen, weil es schaut ja nicht nach Kürzung aus wenn jemand immer das-

selbe bekommt, aber es ist de facto eine Kürzung. Meine Frage im konkreten Fall, was Röda anbelangt, die Frage an den zuständigen Referenten. Was gedenkt man zu tun oder gibt es irgendwo eine Sonderförderung noch dafür, dass das Röda ja angesucht hat auch darum für die 10-Jahres-Feier, für die zahlreichen Aktivitäten die zusätzlich im 10-Jahres-Programm drinnen waren, doch noch ein bisschen was auf die Beine zu stellen. Wie gesagt, wir reden ja immer um das Thema wir haben kein Geld und wir haben so wenig. Hier geht es meines Wissens um ja nicht einmal ein paar tausend Euro. Die wären schon glaube ich froh mit 1.000 Euro, wenn sie die bekommen könnten. Aber es gibt konkrete Ansuchen dazu. Meine Frage wäre: „Wie sieht das der zuständige Referent?“

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dietmar, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Es ist an sich richtig, dass die Jahressubvention bei 99,9 % der Vereine seit Jahren schon gleich ist. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass es eine Reihe von Projektförderungen für diverse Vereine gibt, auch für das Röda. Zwar nicht direkt aus dem Kulturbudget sondern z. B. aus der Liegenschaft, dass hier Investitionen getätigt werden und teilweise Unterstützungen auch seitens der Kultur passieren, im Ermessen des Referenten, die, wenn es möglich ist, auch durchgeführt werden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte noch dazu erwähnen, dass wir die Subvention für Röda erst vor wenigen Jahren um 10.000 erhöht haben. Die waren ursprünglich gleich mit

dem Akku und die sind um 10.000 erhöht worden. Das ist eine Fehlmeldung, wenn du sagst, die sind über Jahre schon gleich. Die sind wesentlich erhöht worden. Das ist ja nicht irgendetwas. Das sind 30 % Erhöhung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? 1 FPÖ (GR Dr. Zöttl). Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem zweiten Antrag geht es um die schon angesprochene Jahressubvention für den zweiten Steyrer Kulturverein, für das Kulturzentrum Akku, in der Höhe von 30.000 Euro, die auch im Budget entsprechend vorgesehen ist. Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

11) Fin-257/07

Kulturzentrum Akku Steyr; Jahressubvention 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 14. Dezember 2007 wird dem Kulturzentrum Akku Steyr, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Jahresförderung für das Jahr 2008 in der Höhe von

Euro 30.000,--
(i. W. EURO dreißigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. –

Akku) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? GR Hack.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Dass wir der Förderung für das Akku zustimmen, das ist gar keine Frage. Wir freuen uns, dass da so qualitätsvolle, gute Kulturarbeit, auch im Röda, geleistet wird. Wie schon im Budgetgemeinderat möchte ich aber wieder darauf hinweisen, dass die Verteilung der Mittel absolut ungerecht ist und möchte auf einen Umstand hinweisen, dass heuer die letzte zusätzliche Rate für das Museum Arbeitswelt in Höhe von 67.000 Euro bezahlt wird. Ich möchte gleich deponieren, im Rahmen der Kultur, dass auch die 67.000 in den nächsten Jahren im Bereich der Kultur weiter laufen mögen und für Kulturvereine weiter reserviert bleiben mögen und auch ausgeschüttet werden. Wenn es nicht da schon bezahlt wird, dann bitte baut in das Museum Arbeitswelt einmal gescheite Toiletanlagen ein, weil das gehört auch zu Kultur. Der Feuerwehrball war eine Sensation, aber das Klo war die negative Sensation. Die Damen haben glaube ich die Kleider dann wegschmeißen können, weil die sind bis zu den Knöcheln im Wasser gestanden. Das ist mir erzählt worden. Wir Männer sind sozusagen immer belästigt worden von den Damen, weil bei uns war es offensichtlich nicht so. Es geht ja bitte nicht, dass so ein riesiges Haus mit 5 Klos versorgt wird. Wenn man, wie gesagt, die 67.000 Euro noch einmal in die Hand nimmt um gescheite Toiletanlagen einzubauen, wäre das auch eine Form von Kultur. Danke.

Beifallskundgebung *verschiedener Mandatare*

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Nachdem wir heute, wertees Präsidium, meine Damen und Herren, eine kleine Fragestunde haben zu dem Thema, dann möchte ich mir auch eine Frage erlauben. Und zwar, weil wir gerade bei den Kulturinitiativen sind, wie schaut es denn eigentlich mit dem Kulturentwicklungsplan aus? Seitens LIQUA gibt es ja schon eine Zusage aber nur vom Amt wissen wir noch nicht, wie sich das weiter entwickelt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Wenn wir das zusammenbringen, Wolfgang, dann bin ich froh, wenn wir das Geld weiter schreiben können. Betreffend Kulturentwicklungsplan ist die Situation so, dass er im April-Gemeinderat beschlossen wird. Er wird im nächsten Kulturausschuss behandelt und dann im Gemeinderat beschlossen. D. h., die Aktivitäten seitens Steuerungsgruppe ist konstruktiv abgelaufen und abgehandelt worden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Punkt geht es um ein bisschen mehr Geld. Hier geht es um den Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2008, um den Beschluss über die vierteljährliche Akontozahlung in der Höhe von, für Steyr den Anteil, 1.808.240,--, das ist der jährliche Betrag, Akontozahlung vierteljährlich 452.060,--. Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

12) Fin-266/07

Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2008, Akontozahlung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 15. Januar 2008, wird den vierteljährlichen Akontozahlungen für den Mitgliedsbeitrag 2008 in Höhe von Euro 452.060,-- (exkl. USt.), also insgesamt Euro 1.808.240,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von Euro 1.808.240,-- (exkl. USt.) bei der VAST. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2008 genehmigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir machen jetzt 20 Minuten Pause.

PAUSE VON 15.50 UHR BIS 16.20 UHR

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir setzen unsere Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Mayrhofer.

Zwischenruf: Der ist noch nicht da!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann ziehen wir den Antrag von StR Walter Oppl vor. Bitte schön Walter.

BE: STADTRAT

WALTER OPPL:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in meinem Antrag geht es um das Kinderschutzzentrum Wigwam, um die Jahressubvention für 2008 in der Höhe von 36.400 Euro. Diese Mittel sind im Budget vorgesehen und ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

16) Fin-229/07

Kinderschutzzentrum „Wigwam“;
Subvention für 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Sozial, Senioren- und Familienservices vom 14. 12. 2007 wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Promenade 8, zur Förderung der Vereinsaktivitäten für das Jahr 2008 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

**Euro 36.400,--
(Euro sechsdreißigtausendvier-
hundert)**

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist StR Gunter Mayrhofer.

BE: STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kollegen. Der erste Antrag bezieht sich auf die Ennsleitenstiege, die Generalinstandsetzung. Hier geht es darum, auch die zweite Wange der Stiege in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Die Arbeiten sind ausgeschrieben worden. Als Bestbieter ist die Firma Alpine für die Bauarbeiten, für die Schlosserarbeiten ist die Firma Schöfbenker aus Laakirchen zum Zug gekommen. Notwendig sind Gesamtmittel in Höhe von 140.000 Euro und ich ersuche um Zustimmung.

13) BauH-151/05

Ennsleitenstiege; Generalinstandsetzung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Dezember 2007 wird der Vergabe der Baumeisterarbeiten zur Instandsetzung der Ennsleitenstiege im Ausmaß von EUR 117.397,89 an die Fa. Alpine, 4400 Steyr sowie der Vergabe der Schlosserarbeiten zur Geländerherstellung in Höhe von EUR 22.572,-- an die Fa. Schöfbenker Stahlbau, Laakirchen zugestimmt.

Die Aufbringung der erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von rund EUR 140.000,00 erfolgt

1. durch die bereits für dieses Bauvorhaben bei der dafür

vorgesehenen VA-Stelle 5/612100/0023100 „Fuß- und Radwege; Errichtung und Instandsetzung von Stiegen“ freigegebenen Mittel in Höhe von EUR 60.000,--,

2. durch die Freigabe der im Voranschlag 2007 bei der selben Kostenstelle vorgesehenen Mittel im Ausmaß von EUR 30.000,-- und
3. durch die Freigabe der im Voranschlag 2008 für dieses Vorhaben ebenso bei dieser Voranschlagstelle budgetieren Mittel in Höhe von EUR 50.000,--.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme für das Jahr 2007 in der Höhe von EUR 30.000,-- und für das Jahr 2008 in der Höhe von EUR 50.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Hans Payrleithner. Ennsleitenstiege. Ist das dein Thema?

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ganz wichtig.

Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Steyr hat aufgrund seiner Topographie viele Stiegen. Die Sanierung der Ennsleitenstiege ist ja in Etappen seit Jahren in Gang und wird jetzt zu einem Abschluss gebracht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen und auch den Herrn Referenten auffordern sich dafür einzusetzen, dass als nächstes vielleicht die Taborstiege saniert wird, die sich in ei-

nem extrem schlechten Zustand befindet. Vor allem die älteren Menschen die nicht den Bus benützen sondern über die Stiege auf den Friedhof gehen sind dadurch etwas benachteiligt. Die ÖVP hat ja vor Jahren einmal sogar dem Budget zugestimmt unter der Auflage, dass eine Aufstiegshilfe errichtet wird. Wie das halt bei den Budgets in Steyr so ist, gibt es bis heute keine Aufstiegshilfe. Aber vielleicht kann man das jetzt einmal vorantreiben. Sie ist ein einem sehr schlechten Zustand und für viele Leute wirklich schon unter Umständen, vor allem in der kalten Jahreszeit, nicht gerade ungefährlich.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ja, Herr Payrleithner, danke für diese Initiative. Ich glaube ich brauche niemanden hier in diesem Raum in Erinnerung rufen wie sehr bei mir die Woge der Empörung hochgegangen ist, als man beim Budget kurzfristig eine weitere Reduzierung für Sanierung und Instandhaltung vorgenommen hat. Genau unter diesem Titel bitte laufen auch die Sanierungen der Stiegen. Wenn kein Geld im Budget dafür bereit gestellt wird, müssen wir warten bis sich die Leute auf unseren Gehsteigen und Straßen die Füße brechen und die Autos ruinieren, vielleicht bekommen wir dann mehr Budget.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dramatisiere das nicht so. Herr Stadtrat das stimmt nicht. Da sind wir noch weit weg.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister da gehe ich mit dir einige Wege und Straßen, dann wirst du meiner Meinung sein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann gehst du mit mir einmal nach Garsten.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wir können auch diesen Canossagang gehen, wie der Kollege Bremm zu sagen pflegt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich zeige dir einmal ein paar Wege. Okay, wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Beim nächsten Antrag gehen wir in den Untergrund, in die Kanalisation der Stadt Steyr. Das betrifft den Bereich Ennsleite, Innere Stadt, Schlüsselhof und Schlüsselhofgasse. Durch die Bodenbeschaffenheit und teilweise sehr, sehr tiefe Künetten ist ein Mehraufwand notwendig geworden. Ich ersuche um Zustimmung an die Firma Held & Francke, Straßen- und Pflasterbau 167.000,-- von der Voranschlagstelle „Ausbau weiterer Kanäle“ freizugeben.

- 14) BauT-6/06
Kanalisation Steyr – Kanalneubau 2006, Teil 2
1. Ennsleite; Kanalneubau Roseggerstraße – Goethestraße – Hafnerstraße
 2. Innere Stadt; Zieglergasse - Schächte aufsetzen; Vorbereitung Kanalisation
 3. Schlüsselhof – Ort; Kanalbau Schlüsselhofgasse, Fischergasse

4. Schlüsselhofgasse HTL; Schächte aufsetzen; Vorbereitung Kanalisation
Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für zusätzliche Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 30. November 2007 wird der Mittelfreigabe für zusätzliche Kanalbauarbeiten und Mehrleistungen und der Vergabe der Leistungen an die ARGE Held & Francke und Straßen- und Pflasterbau in Höhe von EUR 167.000,-- exkl. MWSt. zugestimmt. Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 5/861000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 167.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Im nächsten Punkt geht es um die Jahressubvention 2008 des Tourismusverbandes. Aufgrund des Antrages des Tourismusverbandes Steyr ersuche ich den Gemeinderat eine einmalige Subvention in Höhe von 184.000,-- Euro für die Jahressubvention 2008 zur Verfügung zu stellen.

15) Fin-234/07

Tourismusverband Steyr – Jahres-
subvention 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros
des Bürgermeisters vom 2. Jänner
2008 wird dem Tourismusverband
Steyr, eine einmalige, nicht rückzahl-
bare, außerordentliche Subvention in
Höhe von EUR 184.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel
im Ausmaß von

EUR 184.000,--

**(i. W. Euro einhundertvierundacht-
zigtausend)**

aus der VASSt. 1/771000/757000 bewil-
ligt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr
geehrten Damen und Herren des Ge-
meinderates, werte Gäste. Nachdem
heute eingangs der Sitzung auch von
Pressearbeit gesprochen wurde,
möchte ich diesen Antrag zum Anlass
nehmen um ebenfalls auf eine Pres-
semeldung im Besonderen einzuge-
hen, im Zusammenhang stehend na-
türlich dieses Antrages des Touris-
musverbandes. Und zwar schreiben
die OÖ Nachrichten unter dem Übertitel
„Nachtwächter proben den Auf-
stand, Konkurrenz für Tourismusbüro“.
Offensichtlich ist beabsichtigt, es wird
da die Wirtschaftskammer genannt als
Verursacher, dass man in Zukunft nur
mehr Nachtwächter auf die Runde
schicken kann, die eine entsprechende
Prüfung abgelegt haben, die mit ent-
sprechenden Kosten verbunden ist und
die dann in Konkurrenz zu der derzeiti-

gen Situation auftreten. Ich möchte
hier einige Aufklärung haben, warum
und welche Hintergründe tatsächlich
dahinter stecken, denn wir halten es
für absolut nicht zweckmäßig eine
wirklich gut eingeführte Tatsache, dass
alle bisherigen Führungen zur vollsten
Zufriedenheit unserer Gäste, die ja von
nah und fern Gott sei Dank nach Steyr
kommen, diese Touren durchgeführt
wurden. Daher, wie gesagt, möchte ich
gerne, dass man auch über dieses
Thema im Gemeinderat diskutiert und
vielleicht ist da jemand in der Lage, der
Herr Obmann der Wirtschaftskammer
wird das sicherlich können, uns eine
Auskunft zu geben, unabhängig davon,
das betone ich noch einmal, dass wir
davon ausgehen, dass man gute Ein-
richtungen, die sich bewährt haben,
nicht aufs Spiel setzt, noch dazu wenn
unter Umständen dadurch eine Ver-
schlechterung eintritt, weil ja die Kun-
de, die uns in Steyr besuchen, sehr
zufrieden mit der derzeitigen Lösung
sind.

*Beifallskundgebung verschiedener
Mandatare*

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Roman, ich kann deinen
Worten nur zustimmen und auch hof-
fen, dass eine gute Organisation, die
sich in der Vergangenheit bewährt hat
und wo es bereits viele gibt die unsere
Nachtwächter nachahmen, man
braucht nur nach Linz schauen oder
nach Waidhofen an der Ybbs, alle ma-
chen unsere Situation nach, dass man
so etwas kaputt machen möchte ist
natürlich sehr, sehr schade und ich
hoffe, dass das nicht zustande kommt.

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister ich kann dich be-
ruhigen. Erstens einmal, es war mit

Sicherheit, und ich hoffe Sie glauben mir, keine bezahlte Einschaltung des Tourismusverbandes in den OÖ Nachrichten.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Es ist ja gut, Herr Mayrhofer, dass darüber berichtet worden ist. Das begrüße ich ja sehr.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Herr Eichhübl, ich glaube das ist nicht mehr als ein Sturm im Wasserglas, weil es wirklich jeder Grundlage entbehrt. Das ist ein hochgespieltes Thema was so überhaupt nicht geplant und beabsichtigt war. Ich darf Ihnen berichten, dass es zwar grundsätzlich in OÖ ein Gesetz gibt, dass Fremdenführer ein konzessioniertes Gewerbe ist. D. h., Fremdenführungen dürfen nur von geprüften konzessionierten Fachkräften durchgeführt werden. Nachdem das bei uns in Steyr über fast Jahrzehnte nicht möglich gewesen ist, hat sich der Tourismusverband dessen angenommen und hat das glaube ich in vorbildlicher Weise organisiert und bedient sich wirklich ausgezeichneten Fremdenführern die, bis auf drei Personen, halt keine solche Konzession haben. Jetzt sind diese drei Personen auf den Tourismusverband zugekommen und haben gesagt, bitte schön, wir sind die Einzigen die das haben und möchte natürlich auch von unserem Vorsprung, den wir haben, profitieren. Bei den Gesprächen hat sich dann herausgestellt, dass das bei Gott nicht so heiß gegessen wird wie es da vielleicht momentan erschienen ist, nämlich erstens einmal diese drei wollen gar keine Nachtwächterführungen machen sondern nur in ihrem Bereich, in dem sie eh bisher eingesetzt waren, weiter tätig werden. Es konnte mit denen der Kompromiss getroffen werden, dass sie als erstes gefragt werden, wenn sie das nicht wahrneh-

men, werden die anderen bedacht mit dem Auftrag und es bleibt nach wie vor so und auch in absehbarer Zukunft, dass die Organisation und die Verwaltung über den Tourismusverband gemacht wird. Am Dienstag hat es diesbezüglich eine Einigung unter allen Beteiligten gegeben. Alles ist eitle Wonne. Man war nur überrascht, dass am Mittwoch in der Früh dann dieser Zeitungsbericht gewesen ist. Für mich insofern auch noch ein bisschen überraschend, weil in dem Zeitungsbericht dann auch noch Ausdrücke verwendet werden wie „ehrenamtlich“. Also eines muss ich Ihnen sagen, niemand ist ehrenamtlich tätig als Fremdenführer. Nebenberuflich vielleicht. Wenn man das verwechselt, nebenberuflich und ehrenamtlich, dann ist das schon sehr weit hergeholt. Ich ersuche um Verständnis, dass ich eingangs gesagt habe das löst sich alles auf. Das hat sich bereits aufgelöst. Es geht in der Qualität und Art und Weise weiter wie in der Vergangenheit und ich glaube, darüber können wir sehr froh sein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über die Jahressubvention 2008 für den Tourismusverband Steyr über 184.000 Euro. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

Ich danke dem Berichterstatter. Wir haben jetzt noch den Dringlichkeitsantrag und ich bitte einen dieser drei Fraktionen, den Sprecher der Fraktion ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt keinen Sprecher.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Eine Sprecherin.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt auch keine Sprecherin. Es gibt nur einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag.

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es ist nicht immer einfach in der Politik, das können Sie mir glauben. Es gibt viele Stunden wo ich mir denke wozu tu ich das überhaupt.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Das glaube ich nicht.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Lieber Kollege Hackl, ich denke mir es gibt auf deinen Einwurf zwei Arten um Politik zum Beruf zu machen. Entweder lebt man davon, das tue ich nicht, oder man lebt dafür, das tue ich sehr wohl und mir sind viele Dinge in dieser Stadt wichtig. Ein Punkt, und darüber freue ich mich heute schon, weil dieser Dringlichkeitsantrag der drei Fraktionen, der eingebracht worden ist vom Bürgerforum, den Grünen und der ÖVP, schon etwas bewirkt hat im Vorfeld. Nämlich bewirkt hat, ich habe heute Vormittag einen Anruf bekommen von Mietern, die aufgrund dessen, und da bedanke ich mich auch bei der medialen Berichterstattung, dass das jetzt ein Thema geworden ist, dass es jetzt schon von Genossenschaftswohnungen, wo es zuerst geheißen hat die Erhöhungen werden ausfallen im Bereich von beispielsweise bei einer Wohnung 180 Euro man plötzlich nur mehr bei 100 Euro ist. Das ist ein Erfolg der medialen Berichterstattung und ein Erfolg dessen, dieses Thema politisch auch angegangen zu sein. Das freut mich ganz einfach. Was mich dann noch freut das ist, und das ist

auch nicht so oft in diesem Hause herinnen, Sie wissen, ich kann und darf alleine keinen Antrag einbringen. Ich bin zwar Fraktion, wie das der Kollege Bremm immer gerne betont, aber leider darf nicht jeder Mandatar, und das sollte jeder Mandatar dürfen, einen Antrag einbringen. D. h., ich muss durchaus auch Gespräche führen mit anderen Fraktionen. In diesem Fall war es relativ einfach auch die Grünen ins Boot zu holen, auch die ÖVP, weil sie sich dieser Problematik bewusst waren und bewusst sind. Was mich besonders freut in diesem Zusammen ist, natürlich wissen wir, dass, wenn wir als drei Fraktionen einen Antrag gemeinsam einbringen und selbst wenn die FPÖ da auch noch mitgehen sollte, wir es trotzdem nicht unbedingt schaffen hier Meinungsbildung zu betreiben, weil die Mehrheit hat die SPÖ-Fraktion. Das ist einfach so und das ist zur Kenntnis zu nehmen. Die Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, dass es eigentlich sehr häufig dann so ist, dass, weil man ja nicht etwas annehmen kann was von einer anderen Fraktion kommt, es halt eine Zuweisung an irgendeinen Ausschuss gibt. In diesem Fall haben wir keinen wirklichen Ausschuss dafür, der betrifft nur unsere eigenen Genossenschaftswohnungen und vor allem ist der Punkt der, Handlungsbedarf ist da und sehr dringend. Aus diesem Grund freut es mich sehr, dass die SPÖ zwar, weil anderes geht es natürlich nicht, einen Abänderungsantrag zu unserem Antrag eingebracht hat, aber, warum ich die gleichzeitig behandle ist einfach der Punkt, dass ich noch nie erlebt habe, dass ein Antrag, der von der Opposition gekommen ist, so wortident eigentlich wiedergegeben wird im Abänderungsantrag.

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Das macht doch auch einen Sinn, eine Abänderung zu machen. Man denkt sich ja was dabei.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Schon, aber ich habe selten erlebt, dass in einer Abänderung der Ursprungsantrag ...

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Was soll dann die Polemik?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
... so 1:1 übernommen worden ist.

Dringlichkeitsantrag

gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution an Herrn Landesrat Dr. Hermann Kepplinger, welcher in der oö Landesregierung zuständig ist für die Aufgabengruppe Wohnbauförderung.

Derzeit drohen aufgrund der Rückzahlungsmodalitäten im Bereich der Wohnbaudarlehen sowie aufgrund von gesetzlichen Regelungen bei Sanierungsvorhaben den Mietern Steyrer Genossenschaftswohnungen enorme Mieterhöhungen, die sozial nicht vertretbar sind.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher Herrn Landesrat Dr. Hermann Kepplinger auf, eine Situation zu schaffen, die es ermöglicht, dass die Mieten in Steyrer Genossenschaftswohnungen leistbar bleiben und es nicht dazu kommt, dass Mieter aufgrund von massiven Mieterhöhungen aus ihrer Wohnung ausziehen müssen bzw. existentiell bedroht sind.

Ja, dazu gibt es natürlich auch eine Begründung der Dringlichkeit, die nächste Gemeinderatssitzung hätten wir ja erst wieder am 3. April. Es freut mich, dass die SPÖ-Fraktion aufgrund des Abänderungsantrages, der bereits ausgeteilt worden ist, diese Problematik sehr wohl auch erkennt und ihr soziales Gewissen diesbezüglich einsetzt und hier es möglich macht, dass es einen gemeinsamen Antrag von drei Fraktionen gibt, der aber auch von der SPÖ anscheinend mitgetragen wird in Form dieser Abänderung die im Prinzip nichts anderes ist, der Kollege Klausberger hat es schon angesprochen, als eine Detaillierung die wir uns nicht gewagt hätten hineinzunehmen, weil wir wissen, je detaillierter wir einen Antrag einbringen desto eher führt das Ganze zu einer „Zerspragelung“ und zu einer Diskussion. Deshalb bin ich auch sehr froh, das was dazu kommt ist, und mit dem hoffe ich können auch die anderen Miteinreicher des Antrages gut leben, dass die Resolution nicht nur gerichtet ist an den zuständigen Landesrat Dr. Hermann Kepplinger der SPÖ, sondern auch an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und dass auch der Vorschlag gemacht wird die Laufzeiten der Annuitäten, der Darlehen zu verlängern, weil es damit natürlich möglich wird die Mieten zu senken. Das ist ein wesentlicher Punkt. Es freut mich, dass wir anscheinend uns in dieser Runde einmal so wunderbar einig sind. Wenn schon ein Zwischenruf kommt vom Kollegen Klausberger in Richtung Populismus, also ich weiß nur eines, Mehrheitsfraktionen bezeichnen es gerne als Populismus, wenn sie Öffentlichkeitsarbeit machen, wenn von der Opposition was kommt, dann ist es populistisch. Aber streiten wir nicht um das herum, es wird mich freuen, dass wir einmal nicht ...

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Polemik habe ich gesagt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Polemik, Populismus, ist relativ ident, streiten wir nicht darum.

Ich bin, muss ich Ihnen sagen, froh wenn hier was passiert, weil ich halte auch das Thema für viel zu ernst und für viel zu dringlich, als dass man etwas macht. Was der Kollege Bremm heute schon angesprochen hat, es ist zwar politisch legitim, hat er gemeint, Haxl zu beißen und sonst was. Ich finde es nicht politisch legitim, ich finde man soll es von der Sache her angehen und nicht auf Personen los gehen. Aber hier, glaube ich, sind wir uns einig, dass man eine Situation schaffen muss. Es trifft ja nicht nur Steyr, das muss man auch dazu sagen. Es ist kein Problem das wir als Stadt verursacht haben, sondern es ist schlichtweg aufgrund der gesetzlichen Regelung etwas, was auch andere Städte betrifft. Insofern freut es mich, weil wenn dieser Antrag, der aus der Stadt Steyr kommt und wir sind immerhin die drittgrößte Stadt in OÖ., dass sich damit auch wirklich etwas ändert und das auch eine Signalwirkung ist für andere Städte diese Problematik zu behandeln.

Ich bedanke mich auch, zumindest für meine Fraktion einmal, die anderen Fraktionen werden sich ohnedies zu Wort melden nehme ich an, dass die SPÖ-Fraktion diesen Schritt gesetzt hat hier eine Resolution zu verabschieden, damit wirklich Mieten hier in Steyr leistbar bleiben und nicht Personen, ich sage Ihnen einen konkreten Fall der mir persönlich sehr zu Herzen gegangen ist, wenn jemand schon wirklich sehr lange in einer Wohnung wohnt, Alleinverdienerin ist, Alleinerzieherin ist, weil Alleinerzieherin nur 25 Stunden pro Woche arbeiten kann und sonst wirklich aufgrund einer Mieterhöhung die so eklatant ausfallen würde ihre Wohnung verlassen würde. Das

wäre fatal. Ich bedanke mich, wenn Sie dazu beitragen das zu verhindern.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich Vzbgm. Gerhard Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich nehme einmal für uns schon in Anspruch, dass wir als Sozialdemokraten, gerade im Bezug auf die Grundbedürfnisse der Menschen die nicht aus einem Eck kommen wo sie besonders finanziell gut ausgestattet waren und ausgestattet sind, uns um diese Anliegen annehmen. Ich glaube gerade Steyr ist ja hier ein Musterbeispiel was sozialen Wohnbau angeht. Der ein bisschen herumfährt, gar nicht über unsere Grenzen hinaus, ich meine jetzt Österreich, in Österreich andere Städte, jederzeit vergleichbar, gibt es kaum eine solche große Anzahl an sozialen Wohnbau und Wohnungen wie das bei uns der Fall ist. Da nehme ich aber nicht nur in Anspruch, dass wir als Stadt mit unserer eigenen GWG hier ein dementsprechendes Angebot und einen dementsprechenden Wohnbau betrieben haben, sondern alle Wohnungsgenossenschaften in Steyr. Auch seinerzeit die größte Wohnungsgenossenschaft oder eine der größten Wohnungsgenossenschaften in Österreich, die WAG hat ja im sozialen Wohnbau, in früheren Jahrzehnten, sehr viel getan. Nur in den letzten Jahren ist halt eine andere Philosophie eingetreten wo man die Gemeinnützigkeit der WAG genommen hat und auch Geld entzogen hat und nicht mehr so die Grundsätze sind. Aber insgesamt glaube ich haben sich alle Wohnungsgenossenschaften in Steyr dementsprechend bemüht. Es war auch immer unser Anliegen. Es freut mich, wenn es dich freut, dass wir da dieser Resolution,

heute ist es ja schön, wir freuen uns alle nur mehr, zustimmen. Nur eines, diese Betonung – es freut mich, dass die SP-Fraktion auch da heute mit macht – deine Ausgrenzungspolitik ist natürlich auch immer wieder gegeben. Du hast nämlich im Vorfeld mit der ÖVP und den Grünen paktiert und die Freiheitlichen hast du überhaupt ausgegrenzt ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist nicht war, es gab Gespräche mit dem Kollegen Eichhübl.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Dann wolltet ihr eigentlich nur gegen uns gehen ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

... und schauen und abklopfen, was wird denn die SP machen.

Ich habe mir gedacht, beim Neujahrsempfang sitzen wir da so freundlich und nett beisammen, aber das hat wirklich nur für den einen Tag gegolten, wie der Herr Dunst in der Zeitung geschrieben hat, weil der ist ja auch dabei gesessen. Am Tag danach ist es schon wieder anders gewesen, weil das Gespräch mit uns ist nicht geführt worden. Ich bin eh nicht beleidigt, nur zum Verständnis, aber ich möchte auch nicht, dass der Eindruck im Raum steht die SP-Fraktion hätte eh nicht mitgetan oder heute springt sie halt über ihren Schatten. Also, das möchte ich da schon aus dem Weg räumen, weil uns das schon ein großes Anliegen ist und die Debatte über diese Mieterhöhungen ja nicht nur seit deinem Auftritt in der Öffentlichkeit bekannt ist sondern dieses Thema beschäftigt uns ja schon seit einigen Jahren. Das ist ja nicht, dass das jetzt so spontan entstanden ist. Den Abänderungsan-

trag machen wir nicht nur aus einem Justamentstandpunkt, weil wir glauben es müssen da noch ein paar andere Zeilen drinnen stehen, weil es muss sowieso ein bisschen anders sein, sondern wenn wir auf dieses Thema eingehen und uns mit diesem Thema beschäftigen, dann muss man natürlich schon ein bisschen tiefer in die Sache hineingehen und da muss man auch die Ursachen aufführen und nicht nur eine Wischiwaschi-Resolution schreiben, sondern auch genau darauf hinweisen wo die Ursachen liegen. Das wissen wir und das haben wir versucht da in unserer Resolution zu präzisieren, wo die Ursachen liegen und daher die Zuständigen des Landes ersuchen und vielleicht ein bisschen deutlicher auffordern, obwohl das eh bekannt ist, hier Maßnahmen zu setzen. Es freut mich ja, dass die Grünen und die ÖVP da auch mit dabei sind, weil die Hauptverantwortung in OÖ und für die finanzielle Situation liegt ja bei ÖVP und Grün und nicht bei Rot, wie bekannt ist.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Ist der Kepplinger aus der SPÖ ausgetreten?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ist das so unbekannt, wer das Budget beschließt?

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Sicherlich geht es auch um das. Es geht sehr wohl um das Geld, weil die Mieten sind zu hoch und die Mieten sollen billiger werden und da muss man Maßnahmen setzen. Welche Maßnahmen sind sinnvoll und notwendig um die Mieten billiger zu machen?

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Am Wort ist immer noch der Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine demokratische Haltung ist ja enorm.

Also, wir wissen ganz genau, was die Ursachen sind und wie man das Problem löst. Es geht einfach um die Darlehen die auf den Häusern drauf sind, dass man diese verlängert. Wenn man die Darlehen verlängert, dann wird das die Bank nicht zum Nulltarif machen, sondern da muss die öffentliche Hand mit eingreifen und muss sagen, wir werden eine Zwischenfinanzierung machen und wir werden diese Darlehen strecken. Das ist ein wesentlicher Teil, dass die Mieten in einem dementsprechenden, vernünftigen Ausmaß zustande kommen und nicht erhöht werden, weil halt zum Ende der Laufzeit die Zuschüsse weniger sind und dort halt die Zinsbelastung höher ist. Das ist ein wesentlicher Punkt dabei und da brauchen wir die Unterstützung des Landes dazu. Nicht nur den Kepplinger als Wohnungsreferent, der ist natürlich zuständig, aber es ist natürlich auch der Landeshauptmann Pühringer mit zuständig als Finanzreferent, weil es ums Geld geht. Darüber hinaus haben wir aber unsere Resolution, unseren Abänderungsantrag auch noch erweitert um ein Problem das wir wissen und das auch seit Jahren bekannt ist. Und zwar ist das gerade in dem Bereich der sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft die Mietbeihilfe beantragen. Die Mietbeihilfe wird nur berechnet aus der Kaltmiete. Die Betriebskosten werden bei der Berechnung der Mietbeihilfe nicht berücksichtigt. Das wissen wir, das ist ein Problem und darum haben wir unseren Abänderungsantrag um diesen Teil erweitert. Wir wissen, dass das nicht ganz einfach ist, aber es ist auch eine finan-

zielle Geschichte. Insgesamt glaube ich sind wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass man gegensteuern muss, dass man nicht die Menschen da in Situationen bringt, nicht nur, dass sie ihre Wohnungen verlassen müssen, das ist eh der letzte Ausweg, aber dass sie ordnungsgemäß und auch in Ruhe ihre Mieten bezahlen können. Das ist nämlich der wesentliche Punkt. Daher werden wir das unterstützen. Herr Bürgermeister, ich darf dir den Abänderungsantrag überreichen. Es haben alle Mitglieder des Gemeinderates schon eine Kopie davon.

Gem. § 9 der GO des Gemeinderates für die Stadt Steyr (GOGR) stelle ich zum Dringlichkeitsantrag der ÖVP, der Grünen und des Bürgerforums Steyr betreffend eine Resolution wegen enormer Mieterhöhungen nachstehenden

Abänderungsantrag:

Derzeit drohen aufgrund der Rückzahlungsmodalitäten im Bereich der Wohnbaudarlehen sowie aufgrund von gesetzlichen Regelungen bei Sanierungsvorhaben den Mietern von gemeinnützigen Wohnbauträgern in Steyr enorme Mieterhöhungen, die sozial nicht vertretbar sind. Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher Herrn Finanzreferent Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer sowie Herrn Wohnbaulandesrat Dr. Hermann Kepplinger auf, so rasch wie möglich in der OÖ. Landesregierung einen Beschluss herbeizuführen, dass bei den nach den Wohnbauförderungsgesetzen 1984, 1990 und 1993 geforderten Wohnungen die im Wohnbauförderungsgesetz vorgesehene Option Laufzeitverlängerung (§ 23 Abs. 4 WFG 1984 bzw. § 9 Abs. 4 WFG 1990 und 1993) zur Anwendung kommt.

Durch die Laufzeitverlängerung der Landesdarlehen würden die Annuitäten so abgesenkt, dass die Mietenbelastung aus der Darlehensrückzahlung in etwa im Ausmaß der Inflation steigt. Damit wäre sichergestellt, dass die Mieten auch in den nach den Wohnbauförderungsgesetzen 1984, 1990 und 1993 geförderten Wohnungen für alle Bewohner leistbar bleiben.

Darüber hinaus werden Landeshauptmann Dr. Pühringer und Landesrat Kepplinger ersucht, sich in der OÖ. Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Landes-Wohnbeihilfe dermaßen adaptiert (angepasst) wird, dass überdurchschnittlich starke Mietkostensteigerungen, die auf unumgängliche Sanierungsmaßnahmen zurückzuführen sind, nicht dazu führen, dass Mieter aus ihren Wohnungen ausziehen müssen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, jeder kennt diese Aufnahmen nach 1945 in der Wiederaufbauphase, wo aus zerstörten Stadtteilen wieder neue Wohnungen entstanden sind und wo man dann sozusagen fast huldvoll, je nachdem in welcher Gemeinde man war, einen Schlüssel bekommen hat für die Wohnung das dann dankbar angenommen worden ist. Eine Wohnung ist einfach ein Lebensmittel und damit verbunden sind einerseits Kosten für den Mieter aber auch für die Wohnungsgenossenschaften auf der anderen Seite auch ein hoher politischer Einfluss, vor allen Dingen von all jenen die diese Wohnungen halt dann landes- oder lokalweit vergeben. Die ursprüngliche Idee dahinter war natürlich, dass man innerhalb kürzester Zeit

billige und vielfache Wohnungen beschafft, weil die Wohnungsnot, das wissen wir alle selbst noch, war ja bis eigentlich vor ca. sieben oder acht Jahren, je nach Bedürfnis ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vor 10 Jahren.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Meinetwegen auch 10 Jahren, in Steyr spürbar. Dass natürlich, die Annuitäten für den Anfang extrem niedrig gehalten worden sind haben halt nur ein paar Eingeweihte gewusst, die Mieter, vielleicht haben es nicht alle gewusst, waren zumindest dankbar dafür, dass man ihnen einen billigen Wohnraum zur Verfügung gestellt hat. Die Annuitäten oder wie zu lesen war vom LR Kepplinger, dass die Grünen und die Schwarzen daran schuld sind, dass jetzt die Mieten alle steigen, halte ich für extremst populistisch, weil das eine mit dem anderen ehrlich gesagt nichts zu tun hat, weil die verkauften Darlehensforderungen von 500 Millionen im Grunde genommen nur an die Landesholding verkauft worden sind und sich die Landesholding quasi über Kredite, aufgrund dieses riesigen Volumens, viel, viel besser versorgen kann als die einzelnen GWG's selber, die für sich dann Kredite aufnehmen können. Für den Einzelnen selbst hat das überhaupt keine Auswirkung, weil ja im Grunde genommen nur die Geldströme quasi behandelt werden und sie bezahlen auch nur zurück an das Land und es bleibt vor allen Dingen auch im erweiterten Landeseinfluss. Das eine hat sozusagen nichts mit dem anderen zu tun, nur was mich halt so quasi irgendwie als fast heilige Wut dann eingeholt hat das war, dass man das einer politischen Gruppierung andichtet die seit 1945 absolut nichts damit zu tun gehabt hat außer, dass sie es halt mitbeschlossen hat, außer

Grün, wir sind ein bisschen später gekommen, aber im Grunde genommen seit 1945 lauter SPÖ-Landesräte das beschlossen haben und auch die Annuitätssteigerungen, obwohl es auch sehr viele Wohnbauten gibt wo es nichts mehr zum Zurückzahlen gibt und wo sehr wohl auch Rückflüsse zu den einzelnen GWG's kommen. Ich möchte es irgendwie aufteilen, weil ich habe es in der ersten Halbzeit schon erwähnt, dass die Annuitätsrückforderungen und die Mieten sozusagen zwar inhaltlich verflochten sind miteinander, aber das Darstellen der Mieten für den einzelnen Mieter natürlich unterschiedlich gesehen werden kann. Man kann es zwar seitens der Mieterinnen und Mieter sehen und man kann es seitens der Wohnungsgenossenschaften sehen, die ja im Grunde genommen gemeinnützig sind. D. h. de facto oder ganz einfach ausgedrückt, sie dürfen keine Gewinne erzielen. Aber, das wissen wir auch alle, natürlich erzielen sie Gewinne. Jetzt ist halt nur die Frage, geben sie diese Gewinne weiter oder geben sie diese Gewinne nicht weiter. Das ist z. B. auch eine wichtige Geschichte die wir uns anschauen sollten. Ich kann es jetzt nur pauschal sagen, weil ich kann mich ganz am Rande erinnern, dass vor Jahren, oder mittlerweile vor einem Jahrzehnt, die GWG Steyr auch geprüft worden ist. Aber ich kann es jetzt nicht 100 %ig sagen. Nachdem die 1. GWG wo ja irgendwie diese ganze Diskussion angefangen hat, ich auf die ja keinen Einfluss habe, will ich es pauschal sagen, weil das interessanterweise, wir können es ja dann nachprüfen und ich glaube, dass das auch eine Nachfolgewirkung letzten Endes auch dann für jene die im Wohnungsausschuss sitzen bzw. die halt im Vorstand der GWG sitzen. Ich glaube, wir müssen uns vor Augen halten, dass die GWG's, die gemeinnützigen GWG's, ganz egal welcher Farbe oder welcher Ortschaft, immer

auch für sich selbst die Schwierigkeit immer wieder haben, dass sie halt keine Gewinne haben, weil das laut WGG eigentlich nicht so wirklich erlaubt ist. Aber was ist, wenn sie Gewinne machen? Da gibt es relativ interessante Möglichkeiten die jetzt, ich sage jetzt einmal nicht im Detail, das können Sie alles im Rechnungshofbericht nachlesen, nicht im Detail jetzt vortragen würde, das würde zu weit führen. Ich kann nur ein paar Sachen vielleicht herausziehen, das z. B. kritisiert worden ist, dass die GWG's ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Die LAWOG.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
- auch andere sind in diesem Bericht drinnen - dass die GWG's einfach Grundstücke horten, da kann ich mich nämlich noch erinnern, dass das auch zur Sprache gekommen ist, über den tatsächlichen Bedarf hinaus, z. B., sie kaufen heute ein Grundstück, das kaufen sie, was weiß ich, um 1970 und dann bauen sie 1980 drauf und natürlich ergibt sich eine Aufwertung die letzten Endes zu Lasten der Mieter geht, weil ja natürlich die Baukosten zehn Jahre später weitaus höher sind und die der Mieter tragen muss.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das ist jetzt ein bisschen ein Wirbel, das ist ein Blödsinn.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Na, dann ist es halt meinetwegen 1985 und gebaut wird 1990. Es ist ja nicht so, dass das immer 1:1 umgesetzt wird. Es geht um das Grundproblem, dass es um Aufwertungen geht.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich kann es euch gerne zitieren, wenn ihr wollt, aber dann sitzen wir um sechs Uhr noch da.

Weiters wird kritisiert, dass sich die einzelnen GWG's einer mangelnden Kreditpolitik befleißigen, die der Rechnungshof nicht in allen Fällen einfach nachvollziehen kann, dass es tatsächlich, wenn ich heute Kredite ausschreibe oder erweitert ausschreibe, hier durchaus günstigere Kredite erzielen kann. Und, was jetzt noch weitaus interessanter ist und das glaube ich findet ziemlich oft statt, weil zumindest bei den 5 oder 6 GWG's, die hier geprüft worden sind, das sind diese tatsächlichen Kosten die im Haus einfach anfallen bzw. jene Kosten die z. B. die einzelnen GWG's bei Bauerrichtung durch Eigenleistungen in Rechnung stellen. Jetzt kann ich da hergehen und einerseits die tatsächlichen Kosten nehmen oder das WGG sagt z. B. ich kann Pauschalierungen machen. Eines ist immer wieder zu verzeichnen, dass ich, wenn ich gemeinnützig bin, jetzt erhebe ich den Finger, und quasi günstige Mieten für meine Mieterinnen und Mieter machen will, dass ich ja nach dem Bestprinzip letzten Endes arbeiten muss oder ich verrechne höhere Kosten, damit ich nicht so viel Gewinn erziele.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Da gibt es eine Obergrenze.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das ist eine wichtige Geschichte. Ich glaube, dass man durchaus darüber schauen könnte und ich bin mir 100 %ig sicher, dass diese Mieten, die wir haben, durchaus einer genauen Prüfung und Durchforstung anheim fallen sollten, weil wir können auch einerseits

sagen, ja bitte lieber Herr Landesrat Kepplinger oder lieber Herr Landeshauptmann Pühringer, gib uns noch ein wenig Geld, damit wir die Annuitäten nicht auf 30 oder 38 Jahre oder was weiß ich was hinausziehen, aber bitte schön, das ist alles recht lieb und nett, aber zahlen müssen es alle. Manche Häuslbauer unter uns wissen, das wird nicht billiger sondern teurer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das stimmt nicht.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Glaubst du, dass er das Geld da herinnen hat?

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Wenn bezahlt wird, dann ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wer bezahlt das bitte?

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Ja das Land.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber bevor so etwas der Rechnungshof, ich weiß nicht, Walter du kannst dich vielleicht erinnern wann das in Steyr war, aber es gibt Rechnungshofberichte die sind ein Jahrzehnt alt und die ständig dieses gleiche Problem beackern bei den Wohnungsgenossenschaften, dass sie ihre Gewinne mehr oder weniger nicht oder nicht zu 100 % an die Mieter und Mieterinnen weiter geben. Und bevor ich mich auf Landesebene sozusagen darüber beschwere was seit Jahrzehnten durch SPÖ-Landesräte sozusagen auch mit beschlossen worden ist und sage, halten wir halt noch einmal die Hand auf, gebt uns halt noch einmal ein bisschen

Geld, dann sollen die Wohnungsgenossenschaften einmal vor ihrer eigenen Haustüre kehren. Das ist mein dringender Wunsch. Ich bin schon dafür, dass wir diese Resolution unterschreiben. Da bin ich einer Meinung mit Ihnen, aber auf der anderen Seite, alle jene die einen politischen Einfluss haben, bei nämlich jenen die huldvoll den Schlüssel überreichen, auch dafür verantwortlich sind, dass diese Mieten, die gefordert werden, auch gerechtfertigt sind. Sollte der Verdacht auftauchen, ganz egal jetzt wo, dass ich unter Umständen auch bei meiner eigenen Wohnungsgenossenschaft nachforsten muss ob denn alles Rechtens ist. Es muss ja dabei nichts herauskommen, hoffentlich sage ich. Würde dabei herauskommen, dass wir in den einen oder anderen Fall noch nachrücken müssen, dann tun Sie das bitte. Schieben Sie es aber bitte nicht Schwarz-Grün in die Schuhe, so wie es der LR Kepplinger getan hat, sondern machen Sie bitte auch zu Hause Ihre Aufgaben. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich kann mich im Gegensatz zum GR Apfelthaler kurz fassen, ...

Gelächter

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

... weil wir vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion selbstverständlich alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind diese drohenden, horrenden Mietanhebungen hintanzuhalten und die Mieter davor zu schützen.

Ich möchte aber schon eines auch dazu sagen. Dass es überhaupt dazu gekommen ist, dass man mit derartigen Mietanhebungen an die Mieter herangetreten ist, das ist schon ein starkes Stück, um nicht zu sagen ein Skandal. Dass es überhaupt so weit gekommen ist, dass sich niemand darüber Gedanken gemacht hat, und ich richte da meine Kritik in erster Linie an die Landespolitik, dass sich niemand darüber Gedanken gemacht hat wie es jenen Menschen geht, die mit einem relativ geringen Einkommen ihr Auskommen fristen müssen, die Tag für Tag darüber nachdenken müssen, wie sie mit den ständigen Preiserhöhungen ihr Leben fristen können. Das ist eine Tatsache und das beweist auch diese Statistik und beweist auch, dass es immer mehr Privatkonkurse gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und weil ich schon bei der Kritik bin möchte ich auch hier diesen Gemeinderat kritisieren. Und zwar deswegen, weil es ja bekannt ist, dass jetzt, unabhängig von diesen angekündigten Mietanhebung, die Mieten deswegen ständig steigen, weil auch hier in diesem Gemeinderat dazu beigetragen wird, dass ständig Tarife und Gebühren angehoben werden. Ich erinnere, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ab 1. 1. diesen Jahres die Wasserbezugsgebühren, die Wasseranschlussgebühren, die Kanalbenutzungsgebühren, die Kanalanschlussgebühren, die Müllgebühren, um nur einige wichtige Bereiche anzusprechen, erhöht werden und das natürlich jeden einzelnen Mieter oder Hausbesitzer trifft. Das ist eine unumstößliche Tatsache.

Meine Damen und Herren, ich habe angekündigt, dass ich mich kurz fassen werde, ich bin bereits am Ende meiner Ausführungen. Wir werden selbstverständlich, das habe ich bereits eingangs erwähnt, alles dazu beitragen, dass es nicht dazu kommt und werden diesem Abänderungsantrag,

der vorgelegt und vorgestellt wurde, die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ja, der Kollege Eichhübl hat es ja in seiner Kurzfassung schon angesprochen, dass es sehr einfach ist jetzt zu sagen, das wollen wir alle nicht, liebes Land ändere das. Dass man aber dabei eines übersieht oder vergisst, dass das Ganze ausgeht, die ganze Aufregung geht derzeit aus von einer Wohnbaugenossenschaft. Die Verquickung mit allen anderen Wohnbaugenossenschaften halte ich fast für unzulässig. Das kann es nicht sein. Ich erinnere mich an sehr viele Sitzungen die wir in der GWG gehabt haben, wo wir gerade dieses Problem auch am Tisch gehabt haben, aber anders reagiert haben. D. h., bevor diese Entscheidung getroffen ist, haben wir schon gesagt, halt, das geht nicht, das ist unzumutbar, wir brauchen Verlängerungen. Wir haben auch selbst bitte solche Verlängerungen vorgenommen ohne gleich Richtung Land zu laufen. Einfach, weil wir gesagt haben das ist unsozial, das können sich die betroffenen Leute einfach nicht leisten. Für mich überraschend ist, dass eine GWG, die 1. GWG, wo ja auch aus diesem Raum, du Gerhard warst ja auch lange in diesem Vorstand und die Frau Präsidentin Weichsler ist ja jetzt glaube ich Obfrau davon, sich darum ganz offensichtlich überhaupt nicht gekümmert hat. Da sind ja zwei Sachen zusammen getroffen. Da geht es 1. um die kontinuierliche Anhebung dieser Zinsbelastung. Da kann man jetzt streiten darüber ob das eine ver-

fehlte Wohnbaupolitik ist oder nicht, dass man zuerst sagt kostet es ganz wenig und dann steigt es. Jeder der frisch einzieht hat halt wenig Geld zur Verfügung und freut sich darüber. Aber es gehört zu einer Seriosität dazu, dass ich darauf aufmerksam mache, dass ich rechtzeitig, und schon beim Mietvertrag sage, wisst ihr aber eh, die Miete wird sich so entwickeln. Überlege dir jetzt schon deine Ausgaben und deine finanziellen Belastungen, weil in 5, 6, 7, 8, 10 Jahren hast du eine höhere Mietbelastung. Das ist einmal das Erste. Das 2., aber was ist, wenn Sanierungen rausgeschoben werden, wenn man keine Rücklagen oder zu wenig Rücklagen macht, wartet bis alles komplett desolat ist oder auch Sanierungen macht ohne Absprache mit den Mietern, wie es da passiert ist, wo kein Kontakt mit den Betroffenen hergestellt worden ist, wo fast wie eine Zwangsbeglückung Sanierungen gemacht werden, teilweise über das notwendige Ausmaß hinaus. Da wird es bedenklich. Das ist eine Vorgangsweise bitte schön die können wir auch nicht nach Linz abschieben. Da muss man ganz einfach zu dieser Genossenschaft gehen und sagen, das ist nicht seriös, bitte schön reißt euch am Riemen, das gehört geändert.

Zu diesem Antrag, natürlich werden wir die Zustimmung geben. Wir freuen uns, dass wir da wenigstens einer Meinung sind. Aber die Verantwortlichen dürfen wir nicht aus der Verantwortung lassen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster ist GR Klausberger, Ex-Landesrat für Wohnungen.

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Nachdem ich bereits vom Herrn Bürgermeister so eingeleitet wurde, muss ich natürlich einige Worte zu der Prob-

lematik des Antrages sagen. Zu dem letzten von dir angesprochenen Thema, lieber Gunter, möchte ich eigentlich nichts sagen, weil es nicht direkt Gegenstand des Antrages ist. Die Erste GWG kenne ich aus eigener Anschauung seit 20 Jahren sehr gut als eine sehr, sehr soziale Genossenschaft, aber ich kann jetzt nichts sagen, weil ich also mit der Thematik mich nicht beschäftigt habe, wie in letzter Zeit hier die Thematik behandelt wird und es hat auch nicht direkt mit dem Antrag zu tun.

Zum Antrag selbst glaube ich schon, dass die Ergänzungen sehr, sehr wichtig waren, denn Wohnbaupolitik in OÖ war, wie es ja angeklungen ist beim Kollegen Apfelthaler, eine sehr, sehr konsensuale Sache seit dem Jahr 1945. Gerade die Fragen die in den 90iger Jahren beschlossen worden sind, ich denke hier an die Landesräte Habringer, Hochmayr, bei mir waren es nur ein paar Monate, dass ich das Vergnügen hatte auch den Wohnbau zu betreuen. Ich war Sozial- und Gesundheitsreferent die längste Zeit meiner 5 Jahre in Linz. Wohnbau war nur ein schwaches Dutzend Monate. Trotzdem, das Thema des Wohnbaus war in den 90iger Jahren, da muss ich den Roman auch korrigieren, es war nicht nur Schwarz-Rot in der Landesregierung immer ein Mehrheitsbeschluss, und da ist auch dein Kollege Achatz drinnen gesessen und hat mitgestimmt, so dass diese Regelung, man kann im Nachhinein immer sagen man ist gescheiter geworden, natürlich, aber diese Regelung hat ja einen Sinn gehabt, dass man den jüngeren Menschen die Chance gibt zu günstigen Mieten. Der Preis am Markt, was die Ziegel kosten usw., das kann nicht die Politik bestimmen, das ist ein Marktpreis. Aber du kannst als Politik sagen, okay, ich schaue, dass die jüngeren Leute die ersten 15 Jahre, bis sie sich einmal gesetzt haben, bis sie einmal

was verdienen usw., dass sie günstigere Mieten haben. Nun stellt sich heraus, dass es ein soziales Problem trotzdem gibt. Jetzt ist die heutige Wohnbaupolitik gefordert. Die heutige Wohnbaupolitik kann in den Mehrheitsverhältnissen der Landesregierung keineswegs der LR Kepplinger alleine bestimmen, weil da würde er keine Mehrheit zusammen bekommen, da müssen Schwarz und Grün mitgehen und daher ist das auch in diesem Antrag einfach so gemacht. Ich halte das für sinnvoll und ich habe daher gesagt, dass es schlecht ist dagegen zu polemisieren, sondern dass es richtig wäre an einem Strang zu ziehen und gemeinsam als Politik zu sagen, wir müssen etwas tun für die Mieter, wir müssen etwas tun dafür und dass der Wohnbau sozial gestaltet werden muss. Wenn man da weiterhin in der Zukunft auch an einem Strang zieht, dann kann man das mit sachlichen Lösungen für die Zukunft machen. Schließlich ist soziales Wohnen, meiner Meinung nach, ein Grundrecht für alle Menschen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist StR Walter Oppl, Zuständiger für die GWG.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt schon relativ viel gesagt worden und auch sehr sachlich diskutiert worden. Ich denke mir ich kann mich auch nur zu 100 % an meinem Vorredner, dem Kollegen Klausberger, anschließen. Um jetzt noch einmal auf die Bestimmungen einzugehen von dieser Wohnbauförderung alt, wo man jetzt diese Probleme mit diesen Steige-

rungen hat. Es war sicherlich aus damaliger Sicht, wie es der Gerhard gesagt hat, richtig, mit der Intention, dass man billige Mieten zustande bringt. Man hat halt damit gerechnet, in einigen Jahren haben sich dann die Leute ein bisschen finanziell erholt und dann ist es auch zumutbar, dass man mit dem Rückzahlen etwas höher hinaufgeht. Das ist zum Teil im privaten Wohnbau, im Einfamilienwohnbau, sehr wohl aufgegangen. Alleine wenn ich an den Umstand denke, dass es, in Abständen von einigen Jahren, immer wieder an die Menschen Angebote gegeben hat, dass sie den Rest zurückzahlen können, mit einem 50%igen Nachlass, um eben mit diesen erhöhten Aufwendungen auszukommen und von vielen, vielen Menschen das in Anspruch genommen wurde, dann sagt mir einmal, dass grundsätzlich dieser Gedankengang richtig war, dass sich die Leute in der Zwischenzeit, nach 10, 15 Jahren soweit finanziell „darappelt“ haben, dass sie sich das schon leisten konnten, dass sie dann 250.000 Schilling auf einmal zurückzahlen konnten, mit der Option, dass sie sich 50 % davon ersparen. Im sozialen Wohnbau ist das offensichtlich nicht aufgegangen. Jetzt sind wir eben gefordert, da gemeinsam, da haben ja alle den gleichen Status, da sind wir uns ja einig, dass wir da auch dementsprechend versuchen, da dem Ganzen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ich möchte jetzt gar nicht polemisieren, aber auf ein paar Äußerungen vom Kollegen Apfelthaler möchte ich schon eingehen. Wenn du sagst, das Geld, das ist ja an die Landesholding verkauft worden und das ist dann von der LAWOG wieder mitfinanziert worden und da ist man ja viel, viel flexibler, dann stimmt das schon, dass man flexibler ist, aber flexibler im Gesamtbudget vom Land OÖ aber nicht mehr in der Wohnbauförderung, weil diese Gelder die von der Wohnbauförderung abgezogen

worden sind und an die Landesholding verkauft worden sind, sind wiederum über Rückfluss dann auch in das allgemeine Budget hinein gegangen. Somit gehen die Mittel bei der Wohnbauförderung ab und man kann das nicht finanzieren. Das ist die Problematik, wo diskutiert wird am Land, wo man sich am Land zwischen LR Kepplinger und Landeshauptmann Pühringer als Finanzreferent, wo sie noch nicht zusammen gekommen sind. Das ist so. Das ist das Problem wo wir hoffen, dass es zu einem Konsens kommt. Es gibt da verschiedene Vorschläge, auch seitens vom Herrn Landeshauptmann, wo halt das nicht unproblematisch ist. Das Problem ist, dass die Wohnbauförderung 30 Jahre läuft, die Kredite. Dann gibt es den Vorschlag vom Herrn Landeshauptmann, dass man sogenannte Sekundärkredite aufnimmt, was aber laut Berechnungen die Laufzeit auf 50 Jahre und noch mehr verlängern würde und das dann wiederum bedeuten würde, dass dann etliche Wohnbaugenossenschaften sich das einfach nicht leisten können. Das ist wirklich zu hoffen, dass es da zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt.

Mir ist es jetzt schon ein Bedürfnis auf deine Äußerungen einzugehen, was die Gestaltung der Mieten ect. betrifft. Da gibt es ganz genaue gesetzliche Vorschriften. Es ist so, dass gemeinnützige Wohnbauträger, egal wie die heißen, keine Gewinne aus der Vermietung lukrieren dürfen. Jeder gemeinnützige Wohnbauträger wird vom österreichischen Revisionsverband jährlich geprüft, auf Herz und Nieren. Die klopfen es ab bis zum geht nicht mehr. Alle Kolleginnen und Kollegen die im Wohnungsausschuss sitzen bzw. die im Aufsichtsrat sitzen, werden mir das bestätigen. Das ist, aus meiner Sicht, das sage ich auch hier in aller Öffentlichkeit, für mich bewerte ich das höher, das jetzt bitte auch nicht falsch

verstehen, aber wie ein Rechnungshofbeamter, wir kennen die Rechnungshofberichte, ich möchte jetzt keinen Rechnungshofbericht hinunter kehren und sagen, das hat kein Gewicht, aber die Experten aus meiner Sicht sitzen beim Revisionsverband und wir diskutieren sehr, sehr viel und die weisen immer wieder darauf hin, so müsst ihr das machen und so müsst ihr das machen. Ich bin 1000%ig überzeugt, dass diese Berechnung der Mieten, die sich aus mehreren Faktoren zusammen stellt, 1000%ig richtig ist. Noch eine Sache, mit den Grundstücken. Kollege Apfelthaler wenn du sagst, die Wohnbaugenossenschaften horten Grundstücke über Jahre hinweg. Auch da gibt es eine gesetzliche Regelung, dass das nicht sein darf. Wenn eine Wohnbaugenossenschaft sich Grundstücke kauft, dann muss sie innerhalb von einer bestimmten Frist ein Projekt vorlegen das dann auch realisiert wird. Macht sie das nicht, dann bekommt sie ein riesiges Problem, unter Umständen geht das so weit, dass ihr die Gemeinnützigkeit entzogen werden kann.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Kennst du eine Wohnungsgenossenschaft der es entzogen worden ist?

STADTRAT

WALTER OPPL:

Ich könnte dir eine Gesellschaft sagen, die aber von sich aus vorher ihre Gemeinnützigkeit zurückgelegt hat, aber ich nenne da keine Namen. Aber das hat es schon österreichweit, in Oberösterreich meines Wissens nicht, gegeben. Das wollte ich zur ganzen Problematik noch zur Aufklärung beitragen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gunter Mayrhofer, die hohen Mieten sind nicht nur ein Problem einer Wohnungsgenossenschaft, das ist inzwischen ein Problem quer durch Steyr. Wenn der Kollege Bremm heute von einem sozialen Wohnbau spricht, dann muss ich sagen, das ist eine sehr behübschende Aussage. In Wirklichkeit kann von einem sozialen Wohnbau über weite Strecken überhaupt nicht mehr die Rede sein. Der Einzige der das Problem ein bisschen angesprochen hat, war eh der Kollege Eichhübl. Das Hauptproblem, und im ersten Antrag, im ursprünglichen Antrag ist ja darauf eingegangen worden, ist die Betriebskostenproblematik. Über die wird viel zu wenig gesprochen. Nicht über die Mieten, sondern über die Betriebskostenproblematik. Es ist ja auch im ursprünglichen Dringlichkeitsantrag über die Regelung der Sanierungsvorhaben die Rede was ja dann nicht mehr so drinnen steht. Wenn heute alleinstehende Personen, die an der Untergrenze sind und gerade so viel darüber verdienen, dass sie keine Wohnbeihilfe mehr bekommen und dann 300, 400 Euro Miete bezahlen müssen, dann weiß ich nicht was da noch sozial daran ist. Das ist ja bei vielen Menschen in Steyr. Bitte, das sollten wir uns auch noch einmal in Erinnerung rufen. Was glaube ich beim konkreten Anlass hier das Ausschlaggeben war ist ja das, dass viele Leute in Steyr nicht verstehen, dass jahrzehntelang nichts gemacht wurde und dann werden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, dann steigen natürlich entsprechend die Betriebskosten und damit die Mieten und die fragen dann zu Recht, und das soll mir heute auch einmal jemand sagen, wie das geht. Es ist ja meines Wissens

vorgeschrieben, dass bei den Betriebskosten auch ein Anteil von Rücklagen für Sanierungsmaßnahmen gebildet werden muss. Was haben die jahrzehntelang mit diesem Geld gemacht? Wenn dann einmal was saniert wird, dann wird das derartig exorbitant auf die Mieten draufgeschlagen, dass sich die Leute das entweder nicht mehr leisten können und teilweise ausziehen müssen, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können. Das sollte man da auch einmal sagen. Sie sehen das, die Häuser sind teilweise in einem schlechten Zustand, sind höchst sanierungsbedürftig, weil man über viele Jahre, teilweise Jahrzehnte, nichts gemacht hat. Auch auf der Ennsseite z. B., Kollege Oppl, da kann ich dir durchaus Straßenzüge sagen wo erst jetzt plötzlich Sanierungsmaßnahmen getroffen worden sind, und dann explodieren die Kosten, nämlich über die Betriebskosten. Warum sind diese Rücklagen, und es ist ja Jahrzehntelang über die Mieten auch entsprechendes Geld eingenommen worden, wieso sind da keine Rücklagen gemacht worden, sondern warum müssen da die Mieten entsprechend steigen? Das verstehen die Leute zu Recht nicht. Sozial ist dieses Vorgehen sicher nicht mehr.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächste ist die Frau GR Frech, zum 2. Mal.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte auch noch ein bisschen eingehen auf diese Problematik der Sanierungsvorhaben und auch was die Genossenschaften an sich anbelangt. Das wäre auch ein Appell an die SP-Fraktion, weil sie eben auch im Vorstand dieser Wohnungsgenossenschaften sitzt, ganz

konkret auch in der Ersten GWG. Also was die Rückmeldung der Mieter quer durch war und ist, ist, dass schlichtweg die Informationspolitik nicht stimmig ist. D. h., die Mieter erfahren zu Beginn viel zu wenig darüber wie stark in Zukunft die Miete steigen wird. Es wird ein bisschen mehr werden, das hören sie, aber wie stark das möglicherweise ist, das erfahren sie nicht. Das ist der eine Punkt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Irgendwo muss man sich selbst auch ein bisschen informieren. Ich sehe das so.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das hat jetzt was mit Rechtssicherheit zu tun Herr Bürgermeister. Wenn ich heute in eine Wohnung einziehe, dann möchte ich wissen, mir ist der Hintergedanke schon klar. Natürlich möchte ich, dass die Wohnung auch von Mietern in Anspruch genommen wird. Wenn der Preis niedrig ist, dann werde ich natürlich auch meine Wohnungen voll haben. Früher, wo es eine Wohnungsnot gegeben hat, war das kein Thema aber heute ist das ein Thema. Am Anfang habe ich eben diese geringen Mieten und das ist auch, verzeihen Sie den Ausdruck, ein bisschen eine Lockvogelgeschichte. Dann sind die Mieter drinnen und dann geht es plötzlich stark nach oben.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Ohne Polemik.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, ohne Polemik. Ich gebe nur das wieder, lieber Kollege Hackl, was mir z. B. eine Dame gesagt hat und das hat mich sehr stark zum Nachdenken gebracht. Das Leben ist so.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du hängst das an einer Person auf.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nicht an einer Person, ich sage Ihnen ein Fallbeispiel. Eine Familie mit Vater, Mutter und drei Kindern, die zu mir gesagt haben, wissen Sie was, wenn diese Erhöhung jetzt so kommt, dann müssen wir ausziehen und ich sage Ihnen eines, und das hat mich wirklich zum Nachdenken gebracht, hätten wir damals schon gewusst, dass so eine Situation eintritt, dass plötzlich eine Mieterhöhung ist, völlig gesetzlich gedeckt Frau Vizebürgermeister Mach, auf das gehe ich noch ein, aber Faktum dann ist, wo sie plötzlich um 120 Euro im Monat mehr bezahlen. Meine Damen und Herren, 120 Euro klingt nicht viel, aber in Schilling, was der Kollege Bremm immer noch gerne hat, sind das fast 1.700 Schilling. Wenn Sie das auf ein ganze Jahr umlegen, dann sind das 20.000 Schilling und das ist ein Monatsgehalt. Das sind keine Peanuts. In Verbindung mit dem, was auch schon gesagt worden ist, steigende Energiepreise, steigende Betriebskosten, ist das nicht leistbar. Wie gesagt, die haben mir gesagt, wenn ich das gewusst hätte, hätten wir uns das dritte Kind überlegt. D. h., da geht es nicht um irgendwelche Peanuts usw. und auf das muss ich mich einstellen, sondern ich muss am Anfang die Wahrheit sagen wie weit das raufgehen kann. Die Wahrheit ist, und da sind wir bei der gesetzlichen Konformität, sie dürfen als Sanierungsbeitrag ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Du redest jetzt über die Sanierung.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

... ja – 1,46 Euro pro Quadratmeter maximal verrechnen. Das klingt ja nicht

viel, 1,46 Euro pro Quadratmeter. Aber bei einer 80 m² Wohnung sind Sie dann schon bei 120 Euro und wenn im Vorjahr die Wohnung bereits um 50 Euro erhöht worden ist, dann haben Sie plötzlich innerhalb von einem oder zwei Jahren um diese ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Wissen Sie, ich hätte mich eigentlich gefreut, und das war der Punkt dieses gemeinsamen Antrages letztlich, halt in Form des Abänderungsantrages, dass man sich doch der Problematik dieses Themas bewusst ist und es nicht einfach vom Tisch wischt.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Lange vor dir haben wir uns schon darum gekümmert.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich sage dir ehrlich, es ist den Menschen da draußen völlig egal ob das rechtlich so ist, ob das Land da Schuld ist, ob die Stadt da Schuld ist, die sehen ihre existentielle Problematik. Nur eines, und da würde ich Sie auch bitten an Ihre Wohnungsgenossenschaften zu appellieren. Man kann über die 1,46 Euro Sanierungsbeitrag sogar hinausgehen. Das ist gesetzlich gedeckt, wenn ich die Zustimmung der Mieter habe. Was die Rückmeldung war von jenen die in Mieterversammlungen bereits waren, dass es da schon einen gewissen Druck gegeben hat als bis hin, dann gehen wir halt vor Gericht. Ich denke mir, das soll es nicht sein und das kann es nicht sein.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist gesetzlich so geregelt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Dann muss ich halt Gesetze ändern,
wenn sie nicht mehr adäquat sind. Ich
kann mich doch nicht auf das Gesetz
zurückziehen.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Kollege Bremm, wissen Sie, Ober
schlägt Unter. Das ist halt so die Ge-
schichte. Wenn sich heute eine Woh-
nungsgesellschaft hin stellt und sagt
wir würden sogar vor Gericht gehen,
dann unterschreiben die Mieter im Re-
gelfall.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich sehe schon, ich beiße auf Granit.
Es ist Ihnen das Problem nicht wirklich
bewusst.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Freilich ist es uns bewusst.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es kann eine andere Meinung geben,
nur was man nicht vom Tisch wischen
kann, das sind die Fakten. Das was ich
Ihnen jetzt gesagt habe, das sind Fak-
ten. Es ist schlichtweg so.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Eines ist schon interessant. Eigentlich
ist immer dieselbe Reaktion die, immer
dann entsteht diese Unruhe und diese
Geschichte, dass man den anderen
nicht ausreden lassen will, weil man im
Endeffekt, im tiefsten Innersten weiß,

so Unrecht hat er oder sie dann doch
nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Nächster ist Walter Oppl.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen,
vielleicht kann ich da jetzt ein bisschen
wieder zur Sachlichkeit, was eh eigent-
lich sehr groß ist, noch mehr dazu bei-
tragen und da jetzt einige, ich will jetzt
nicht sagen Irrtümer, aber doch zur
Aufklärung beitragen.
Ich fange einmal bei den 120 Euro an
was die Kollegin Frech gesagt hat. Al-
so ich muss dir ehrlich sagen, das
kommt mir persönlichen aus meinen
Erfahrungen einfach zu viel vor. Da
müssen mehrere Komponenten zu-
sammen gefallen sein.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das hat mir die Erste GWG bestätigt.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Ja, da sind mehrere Komponenten zu-
sammen gefallen. Offensichtlich sind
da die Erhöhung von der Wohnbauför-
derung, die Sanierungskosten und e-
ventuell noch die zusätzlichen Kosten
von einer Liftnachrüstung zusammen
gefallen. Anders kann ich mir das nicht
vorstellen. Natürlich kann es auch ein
Faktor sein, dass die Betriebskosten
gestiegen sind. Aber im Regelfall ist
bei einer rund 70 bis 80 m² großen
Wohnung der Erhöhungsbetrag, auf-
grund der Wohnbauförderungsbestim-
mungen, bei 50 Euro. Nicht wenig, a-
ber nicht wie 120 Euro. Das möchte ich
einmal wirklich nur als Sachinformati-
on euch zur Kenntnis bringen.

Zum Kollegen Payrleithner. Die Miete
setzt sich aus mehrere Faktoren zu-
sammen. Das ist ganz klar. Das ist

einmal die Grundmiete, da sind alle Sachen drinnen wie Rückzahlungen, Baukosten, Verwaltungskosten ect. Dieser Block darf sich eigentlich nicht verändern. Das ist die Grundmiete und die wird aufgrund der Baukosten berechnet und darf nicht mehr erhöht werden, außer es tritt jetzt die Situation ein, aufgrund der Wohnbauförderungsbestimmungen, dass da die Annuitäten höher werden zum Zurückzahlen, und das ist ja die Ursache der Erhöhung, aber sonst darf der auch, so lange das Haus steht, nicht erhöht werden. Dann gibt es den zweiten großen Bereich, das sind eben die Betriebskosten wo ich Ihnen beipflichte, dass sich selbstverständlich jede Gebührenerhebung, ganz egal oder natürlich auch alle anderen Energiekosten die sind, sind natürlich 1:1, das ist überall das Gleiche, egal ob ich jetzt privat wohne, ob ich ein Haus habe oder ob ich in einer Sozialwohnung wohne, natürlich 1:1 aliquot durchschlägt. Das ist ganz klar, das geht gar nicht anders. Dann gibt es den dritten Topf, das ist der sogenannte Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag, EVB abgekürzt genannt. Da können, wie von der Kollegin Michaela Frech bereits zitiert, die Wohnbaugenossenschaften pro Quadratmeter bis zu 1,46 Euro verrechnen. Dieses Geld ist eben für Reparaturarbeiten und für Sanierungsmaßnahmen herzunehmen. Jetzt stehen viele, viele Wohnungsgenossenschaften vor der Problematik, dass sie eben aus sozialen Überlegungen diese 1,46, wie es momentan ist, das wird jährlich evaluiert, das geht nach dem sogenannten „Eisenstädter Index“, so heißt das, nicht zur Gänze eingehoben wird, sondern aus sozialen Überlegungen, dass die Miete nicht so steigt, ist meistens ein Bruchteil von dem Betrag der möglich gewesen wäre eingehoben worden. Speziell wenn die Wohnungen neu sind, eh eine große Belastung, machen wir das nicht und heben das nicht ein. Der Erfolg dabei,

dass das Geld was jetzt laufend eingehoben worden ist, eigentlich für die laufenden Reparaturarbeiten, die eh ständig immer wieder anfallen, ist einmal ein Dach zu reparieren oder sonst irgendetwas, das wird aus diesem Bereich bezahlt und die Mieterinnen und Mieter merken de facto quasi nichts. Das muss man sich so vorstellen, das ist wie ein Sparbuch auf dem Haus und das Geld darf nur für das verwendet werden. Jetzt kommt es zu den Generalsanierungen, weil unsere Häuser alle zwischenzeitlich in die Jahre gekommen sind. Es wäre überhaupt kein Problem wenn man, so wie man es früher gemacht hat, her geht und das Haus ausbessert, neu herunter färbelt und das Ganze ist wieder schön, sondern es sind jetzt die Richtlinien, und das hängt auch indirekt mit den Kiotoziele zusammen, ist es notwendig, dass man eine Förderung überhaupt bekommt, dass wir auf das Haus einen Vollwärmeschutz aufbringen. Von den gesamten Sanierungskosten macht die Aufbringung des Vollwärmeschutzes weit über 90 % aus. Das ist der Hauptbrocken. Dann sagen natürlich die Wohnbaugesellschaften, na wenn ich jetzt schon eine Generalsanierung mache, dann muss ich mir auch anschauen wie schauen die Elektroleitungen aus, und dann kommt noch etwas dazu, dass ich das nicht vergesse. In dem Moment wo man, auf gut Deutsch sagt, etwas angreift bei einem Haus, ist man vom Gesetz verpflichtet sämtliche technischen Anlagen auf den neuesten Stand zu bringen, nach den Ö-Normen was es da gibt. D. h., dass eigentlich immer sämtliche Elektroinstallationen im Stiegenhaus, wie die ganzen Schutzschalter und so, ausgetauscht werden müssen. Nicht weil sie kaputt sind, die würden noch 20 Jahre funktionieren, aber in dem Moment wo etwas gemacht wird sind die Gesellschaften verpflichtet das zu machen. Im Gegensatz zu einem Privaten, wenn ich ein privates Haus habe ist

das egal, aber da ist es so. Das kommt dann alles dazu. Dann kommt es zu einer Ausschreibung und dann müssen die Wohnungsgenossenschaften feststellen, um Gottes Willen, die Sanierung kostet jetzt weit über 1 Million Euro und wenn ich das umrechne, dann komme ich mit dem Betrag den ich jetzt im EVB habe, auch wenn ich jetzt auf die 1,46 Euro erhöhe, bei Weitem nicht aus. Es ist ja nicht so, dass ich die 1,46 Euro zusätzlich zahlen muss, sondern wenn ich jetzt z. B. schon 1 Euro eingehoben habe als EVB, dann kann ich maximal um 46 Cent erhöhen und nicht zusätzlich um 1,46 Euro. Jetzt stehen die Gesellschaften vor der Problematik, sie sind meistens über die 1,46 Euro darüber. Was sagt dann der Gesetzgeber? Wenn du über die 1,46 Euro drüber bist, dann brauchst du die 100%ige Zustimmung der Mieterinnen und Mieter und wenn du die hast, dann kannst du es machen. Wenn du die Zustimmung nicht hast, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder du wartest und sparst an und machst es nicht oder du lässt das vom Gericht entscheiden, ob die Maßnahmen, die da vorgeschrieben worden sind, notwendig sind ja oder nein. So ist es. Ich kann das jetzt auch nur für unsere städtische GWG sagen, dass wir auch schon mehrere Stellen gehabt haben wo wir darüber waren wo es uns in der Information und Diskussion mit den Mieterinnen und Mietern gelungen ist, dass wir die 100%ige Zustimmung erreicht haben und dass wir über den erhöhten Betrag, von den 1,46, auch durchführen konnten. Es gibt ganz, ganz wenige Fälle wo auch wir, wenn weit über 50 % der Hausbewohner dafür sind und wenn sich da nur einer, und solche Fälle haben wir auch schon gehabt, wenn wir 12 Hausparteien drinnen haben und es legt sich einer quer, dann darf man es nämlich nicht machen. Dann sage ich euch schon auch, dann ist es nicht einzusehen, weil es entsteht bei einer Generalsa-

nierung schon eine bessere Wohnqualität. Man hat ein besseres Wohnklima durch den Vollwärmeschutz, man braucht weniger Heizkosten ect. Dann ist es nicht einzusehen, dass man wegen einem, den das nicht interessiert, alle anderen dann von den Vorteilen ausschließt. Das ist die Ausnahme der Regel und so wird, das weiß ich auch von der Ersten GWG, nie und nimmer über die Mieterinnen und Mieter darüber gefahren, sondern, es mag sein, dass vielleicht in der Kommunikation dort und da der Knopf drinnen war, mag das die Ursache sein, aber ich verbürge mich auch für die Erste GWG und ich kenne die Personen die dort tätig sind sehr, sehr gut, dass die genauso handeln und denken wie wir bei unserer städtischen GWG. Ich gehe von dem aus, dass sich die Wogen zum Positiven glätten werden. Das wollte ich noch als Ergänzung zu meiner ersten Wortmeldung als Sachinformation sagen, wie das wirklich in der Praxis herunter läuft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Schönen Dank für die sachliche Darstellung. Das muss man auch einmal ganz klar sagen. Das ist wirklich von einem Fachmann jetzt einmal dargestellt worden, dass jeder weiß wie solche Kosten entstehen und warum und wieso auch solche Erhöhungen entstehen können.

Ich bitte euch, wir kommen jetzt zur Abstimmung, dass wir dem Abänderungsantrag die Zustimmung geben. Wer dafür stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dagegen ist offensichtlich niemand. Einstimmige Annahme. Ich danke.

Das war der letzte Tagesordnungspunkt. Die Sitzung ist geschlossen.
Danke.

ENDE DER SITZUNG: 17.35 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

MD-Stv. Präsidialdirektor
SR Dr. Gerhard Alphasamer

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Ute Fanta

GR Ernst Esterle